

GERECHTIGKEIT MACHT STARK.

**Außerordentlicher Landesparteitag
am 8. Juni 2013 in Bad Hersfeld**

Anträge Teil II



Inhaltsverzeichnis

G. Bildung und Wissenschaft.....	2
H. Steuern und Finanzen	16
I. Integration	19
J. Kommunal- und Regionalpolitik	23
K. Innen und Recht	38
L. Kultur-, Medien- und Netzpolitik.....	53
M. Internationales.....	62
N. Parteiorganisation	76

G. Bildung und Wissenschaft

Antragsbereich G/ Antrag 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag

Bundesweite Schulstandards

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Es werden bundesweite Schulstandards eingeführt: gleichwertige Abschlussprüfungen, Schulstoffangleichungen und eine kostenlose Erstausbildung gewährleistet.

Begründung:

10 In der heutigen Zeit müssen Arbeitnehmer flexibel sein und häufig auch von Bundesland zu Bundesland umziehen. Damit die Kinder darunter nicht mehr als nötig leiden müssen, wenn sich die gesamte schulische Situation ändert, müssen bundesweite Schulstandards eingeführt werden.

15 Die Bildung von Kindern darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, sonst ist das recht auf freie Entfaltung nicht mehr gegeben. Und es könnte zu einer weiter und größeren Trennung der verschiedenen Sozialschichten geben.

20 Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in der Fassung:

25 "Eine SPD-regierte Landesregierung wird sich in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass Hürden für Kinder und Jugendliche beim Umzug in andere Bundesländer (bspw. Schul- und Abschlussstandards, curriculare Vorgaben, etc.) beseitigt werden. An Maßnahmen, die zu Verschlechterungen bei der individuellen Förderung oder Chancengleichheit führen, wie wir
30 dies bei der Umstellung auf G8 erlebt haben, wird sich Hessen unter SPD-Führung nicht beteiligen."

Antragsbereich G/ Antrag 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion

Abschaffung des konfessions- und bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an hessischen Schulen

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Noch immer ist es in Hessen die Regel, dass in allen Schulen ein konfessionsgebundener Religionsunterricht erteilt wird. Dies hat sich auch durch die Debatte um islamischen Religionsunterricht nicht geändert, vielmehr hat man sich dazu entschieden, das Angebot anevangelischer und katholischer Religion um das eines muslimischen Pendant zu ergänzen. Der islamische Religionsunterricht wird mit dem Beginn des Schuljahres 2013/14 somit in Hessen zu einem regulären Unterrichtsfach. Die hessische SPD bedauert, dass hier eine Chance vertan wurde, um das System des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in Gänze zu hinterfragen und entsprechend durch ein übergreifendes und nicht an Konfessionen und Bekenntnissen orientiertes Fach zu schaffen.

15 Um Missverständnissen vorzubeugen, ist dies keine Kritik am islamischen Religionsunterricht. Vielmehr geht es der hessischen SPD darum zu konstatieren, dass wir es für sinnvoller erachten ein Fach, ob man es Ethik, Werte & Normen oder anders benennt, an hessischen Schulen zu etablieren, statt im bisherigen Klein-Klein der unterschiedlichen Religionen zu verbleiben. Deshalb fordern wir die Abschaffung jeglichen bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in Hessen. Wir wollen stattdessen ein Fach etabliert sehen, das sich nach wissenschaftlichen Kriterien mit ethischen und moralischen Fragen auseinandersetzt und die verschiedenen Religionen dabei objektiv-vergleichend und gleich-gewichtet behandelt.

30 Wir tun dies aus der Überzeugung heraus, dass wir den Anspruch an eine Trennung von Staat und Religion haben, den wir eingehalten sehen wollen. So ist es derzeit bspw. Praxis, dass Religionslehrerinnen und -lehrer neben ihrer universitären Ausbildung auch eine Eignungsprüfung durch kirchenadministrative Einrichtungen durchlaufen müssen, um die Lehrbefähigung für den Religionsunterricht zu erhalten. Dies ist ein Eingriff in die staatliche Bildungshoheit, zumal der Religionsunterricht im Selbstverständnis des hessischen Kultusministeriums seinem Wesen nach eine „staatliche Veranstaltung“ darstellt.

40 Des Weiteren sind wir der Überzeugung, dass es den integrativen

Charakter von Schule schadet, wenn im Fach Religion eine Separation nach Glaubensbekenntnissen erfolgt. Wir brauchen weder katholischen Religionsunterricht, der über den Islam aufklärt, oder einen islamischen Religionsunterricht, der sich mit der Person
45 Luther auseinandersetzt, noch einen evangelischen Religionsunterricht, der eine Rückständigkeit des Katholizismus beschreibt.

Dies mag überspitzt dargestellt sein, doch sollen die gewählten
50 Beispiele zeigen, dass es nicht gut sein kann übereinander, statt miteinander zu reden. Durch das jetzige System der Religionskunde an hessischen Schulen wird aber gerade der Ansatz des „übereinander Redens“ fokussiert. Wir brauchen den Dialog der Religionen untereinander, aber auch einen kritischen Dialog über
55 Religion, geleitet von moralisch-ethischen Fragen über das Sein und das Werden. Hierfür ist nach unserer Ansicht ein Fach Ethik oder Werte & Normen besser geeignet als der konfessions- und bekenntnisorientierte Religionsunterricht.

60 **Begründung:**

Erfolgte mündlich.

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Antragsbereich G/ Antrag 3

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Empfänger:

SPD-Landesverband Hessen

G8/G9 - keine Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs in der Mittelstufe!

Die hessische Landesregierung hat zur Kenntnis genommen, dass der verkürzte gymnasiale Bildungsgang (G8) nach wie vor zu weitreichenden Problemen an den Gymnasien führt. Noch immer klagen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern über die
5 Unterrichtsverdichtung von bis zu 36 Stunden in der Woche. Das führt zu erheblichen Belastungen in der Familie. Neben Unterricht und Hausaufgaben bleibt nach wie vor wenig Zeit für die auch wichtige Beschäftigung mit Freizeitaktivitäten wie Sport oder Musik. Sportverbände und Musikschulen haben dazu vielfach
10 Stellung genommen. Die hessische Landesschülerversammlung und

der Landeselternbeirat von Hessen haben sich eindeutig positioniert. Beide Gremien fordern die Rücknahme der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges in der Mittelstufe.

15 Die von der Landesregierung in Aussicht gestellte Wahlfreiheit der Gymnasien zwischen G8 und G9 stellt keine Lösung des Problems dar. Mit der vorgeschlagenen Wahlfreiheit wird wieder einmal die Kommune als Schulträger erneut mit enormen Belastungen konfrontiert.

20 Schon die derzeitigen doppelten Abiturjahrgänge führen zu einem großen Aufwand bei Schulgebäuden und Lehrmitteln. Bei einer Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 gibt es keine Planungssicherheit bei den Bedarfen in den Schulgebäuden. Dies geht voll umfänglich zu Lasten des Schulträgers.

25 Schulentwicklungspläne müssen entsprechend den Bedarfen des Schulträgers konzipiert werden und die erforderlichen Bildungsgänge sicher stellen. Bei einer Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ist diese Sicherstellung nicht mehr gewährleistet. Die Lenkung von Schülerströmen und damit die Optimierung des gymnasialen Bildungsangebotes vor Ort ist nicht länger planungssicher möglich.

30 Die Schulträger haben ein hohes Konfliktpotenzial mit Eltern zur Erstattung der Kosten für die Schülerbeförderung im Jahrgang 10 des verkürzten gymnasialen Bildungsganges. Da in G8 die Mittelstufe nach dem Jahrgang 9 endet, werden die Kosten der Schülerbeförderung ab dem Jahrgang 10 nicht erstattet. Dies führt aus Sicht der Eltern zu einer Ungleichbehandlung mit Schülerinnen und Schülern, die nicht den verkürzten Bildungsgang besuchen. Diese Konflikte führen für den Schulträger zu einer hohen Belastung.

35 Die SPD Hessen hat in ihrem Haus der Bildung hat als einzige Partei in Hessen die passende Antwort auf die drängenden Fragen:

40 Rückführung zu einer sechsjährigen Mittelstufe und eine strukturelle Reform der Oberstufe. In der Oberstufe sollen diejenigen Schülerinnen und Schüler, die es können und wollen, die Möglichkeit zur Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges erhalten. Mit der Einführung einer flexiblen Eingangsstufe in der Grundschule, die die Schülerinnen und Schüler zwischen einem und drei Jahren durchlaufen können, ist eine individuelle Flexibilisierung der Lernzeit ermöglicht. Das gewährleistet, dass Schule der Unterschiedlichkeit von Kindern Rechnung trägt.

45 Die SPD Hessen begrüßt das ausdrücklich und bittet den Landesverband, sich auch weiterhin für eine grundlegende Verbesserung der Situation der Schülerinnen und Schüler im gymnasialen Bildungsgang einzusetzen.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kap. 1.1, Abschnitt
MEHR ZEIT ZUM LERNEN – G8 RÜCKGÄNGIG MACHEN

Antragsbereich G/ Antrag 4

Antragsteller: Unterbezirk Wetterau
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
Hessische Landesregierung

Bildungsoffensive gegen Rechtsextremismus

Die rechten Attentate der Zwickauer Terrorzelle haben gezeigt, dass ein entschiedenes Vorgehen gegen den Rechtsterrorismus notwendig ist.

- 5 Die beste Vorsorge gegen „rechte Gedanken“ ist Bildung. Wir fordern eine Bildungsoffensive in den Hessischen Schulen. Demokratieverständnis, Funktion unserer Gesellschaft, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Toleranz müssen einen breiteren Raum in den Unterrichtseinheiten einnehmen. Die
- 10 Hessische Landesregierung muss dafür mehr Gelder zur Verfügung stellen und die Lehrpläne ergänzen, damit rechten Gedanken der Nährboden entzogen wird. Der Parteitag unterstützt die Initiative der SPD-Landtagsfraktion für eine Bildungsoffensive und fordert die
- 15 Landesregierung auf, mehr Gelder hierfür zur Verfügung zu stellen und die Lehrpläne zu ergänzen, damit rechten Gedanken der Nährboden entzogen wird.

Empfehlung der Antragskommission:

- 20 Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kap. 6.4, Abschnitt
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS INITIATIV WERDEN

Antragsbereich G/ Antrag 5

Antragsteller: Ortsverein Frankfurt Ginnheim
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
SPD-Landesverband Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Aus der Finanzkrise lernen. Unseren Schülerinnen und Schülern notwendiges Wissen vermitteln!

Die SPD sieht den Reformbedarf in Bezug auf die Finanz-und

Wirtschaftskrise nicht nur auf den Bereich der ordnungspolitischen Gesetzgebung beschränkt. Vielmehr ist für uns klar, dass wir die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher dahingehend stärken müssen, die Mechanismen von Bank- und Finanzgeschäften besser zu verstehen.

Für uns Sozialdemokraten ist es von hoher Bedeutung, dass unsere Schülerinnen und Schüler die Grundzüge der modernen Finanz- und Wirtschaftswelt verstehen und Kompetenzen dahingehend entwickeln, die Sinnhaftigkeit angebotener Geschäfte und Verträge auf die eigene Lebenssituation kritisch zu hinterfragen und beurteilen zu können.

Daher werden der Landesverband der SPD Hessen und die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag beauftragt, die in der Schule vermittelten Lehrinhalte im Fach Politik und Wirtschaft dahingehend weiter zu entwickeln, die Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler in den grundlegenden Bank- und Finanzgeschäften bis zum Ende der zehnten Jahrgangsstufe zu stärken.

Begründung:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Geschäftsmethoden einiger Finanzinstitute schonungslos aufgedeckt. Fehlerhafte und unzureichende Beratung führte oft dazu, dass mündige Verbraucherinnen und Verbraucher risikoreichere Produkte erwarben, als sie dies im eigentlichen Sinn erklärten. Die angestrebten gesetzlichen Änderungen zum Verbraucherschutz aber auch zur Finanzaufsicht sind daher ausdrücklich zu begrüßen und fortzuführen.

Neben der Regulierung und Aufsicht der europäischen Finanzwirtschaft gehört aber auch die Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Deren Kompetenz und Verständnis für die gängigen Finanzprodukte darf bei der Analyse möglicher Schlussfolgerungen nicht unter den Tisch fallen. Kritische Verbraucherinnen und Verbraucher sind die beste Kontrolle. Dem staatlichen Bildungswesen obliegt hier eine große Verantwortung.

Unser Ziel als Sozialdemokraten ist es, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu geben, um ihm so die umfassende Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Fähigkeiten zu sichern.[1] Dazu gehört auch die Kompetenz, die Sinnhaftigkeit angebotener Geschäfte und Verträge auf die eigene Lebenssituation kritisch zu hinterfragen und beurteilen zu können. Die Schülerinnen und Schüler sollen das Wissen dabei transferieren und Anwendungssituationen erkennen können.[2]

Insbesondere das Fach „Politik und Wirtschaft“ bietet sich als Rahmen einer solchen Weiterentwicklung an, da es das Ziel hat auf

55 der Grundlage der freiheitlich - demokratischen Grundordnung
sowie der Hessischen Verfassung jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und
Bereitschaften zu vermitteln, die es den Lernenden ermöglichen, als
mündige Person, d. h. autonom und verantwortungsvoll, an der
demokratischen Öffentlichkeit und dem Wirtschaftsleben
60 teilzunehmen und sich an der Diskussion und Lösung
grundlegender Fragen und Probleme aus Politik, Gesellschaft, Recht
und Wirtschaft zu beteiligen.[3]

Des Weiteren sind in dem Fach bereits die relevanten Inhalte wie
z.B. wirtschaftliche Fragen und Probleme angelegt, um die eigenen
Möglichkeiten am Wirtschaftsprozess teilzunehmen zu analysieren
65 und die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume zu
verstehen.[4] Zudem ist es bereits jetzt Ziel des Unterrichts, dass die
Lernenden die eigene ökonomische Situation gezielt analysieren
und Zielkonflikte erkennen können.[5] Die Vermittlung einer
entsprechenden Urteils- und Handlungskompetenz ist ebenfalls Ziel
70 und kann so mit den inhaltlichen Schwerpunkten aus dem Bereich
Wirtschaft dazu beitragen, dass unsere heranwachsende
Generation das notwendige Wissen an die Hand bekommt, um sich
als kritische Verbraucherin und Verbraucher im modernen
Wirtschaftsleben zu behaupten.

75 Da jede Schülerin und jeder Schüler zwangsläufig mit dem
modernen Finanzwesen in Berührung kommt, spätestens mit der
ersten Eröffnung eines Girokontos, muss über Inhalt, Gefahren und
Risiken der gängigen Finanzprodukte in den Bereichen Sparen und
80 Finanzieren von einer möglichst unabhängigen und gesellschaftlich
kontrollierten Institution aufgeklärt werden. Die öffentlichen
Schulen bieten sich hier besonders an, da so eine große Zahl an
Heranwachsenden erreicht werden kann.

85 [1] Aus dem Entwurf des Regierungsprogramms der SPD Hessen für
die Legislaturperiode 2014 - 2019

[2] Kerncurriculum für das Fach Politik und Wirtschaft, Seite 5.
Hessisches Kultusministerium.

90 [3] Kerncurriculum für das Fach Politik und Wirtschaft, Seite 11.
Hessisches Kultusministerium.

[4] Kerncurriculum für das Fach Politik und Wirtschaft, Seite 12.
95 Hessisches Kultusministerium.

[5] Kerncurriculum für das Fach Politik und Wirtschaft, Seite 12.
Hessisches Kultusministerium.

100 Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

Antragsbereich G/ Antrag 6

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Ausbildungssituation in den Landratsämtern

Die Landtagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich für die Verbesserung der Situation der Auszubildenden in den Landratsämtern einzusetzen, so dass die Auszubildenden unbefristet und in der richtigen Entgeltgruppe übernommen werden.

5

Begründung:

Es scheint gängige Praxis in den Personalabteilungen der Landratsämter zu sein, dass ausgelernten Auszubildenden zunächst nur ein befristeter Arbeitsvertrag angeboten wird. Selbst Mitgliedern der Jugendarbeitnehmervertretung wird die rechtlich verbindliche unbefristete Übernahme verweigert. Dies soll angeblich sogar in einem internen Rundschreiben als Verfahren festgelegt worden sein. Dies muss sich ändern, will man auch zukünftig ein attraktiver Ausbilder für Auszubildende aus der Region sein. Wenig verständlich ist auch die Eingruppierungspraxis der Landratsämter. So werden Auszubildende nach ihrem Abschluss in die falsche, deutlich niedrigere Entgeltgruppe eingeordnet. Ihnen wird auf Rückfrage mitgeteilt, dass ihnen der Klageweg freistehe. Damit wird das Problem als solches klar anerkannt, aber auf individualrechtliche Vorgänge abgewälzt. Jeder einzelne Auszubildende soll also gesondert gegen seine Eingruppierung vorgehen, da man natürlich von Seiten der Landratsämter weiß, dass nur ein geringer Teil der Auszubildenden eine Klage gegen seinen Arbeitgeber während eines befristeten Arbeitsvertrags riskiert. Hier wird die bessere rechtliche Stellung der Arbeitgeber klar ausgenutzt.

10

15

20

25

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

30

Überweisung als Material an die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Hessen

Antragsbereich G/ Antrag 7

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Schulamts Bebra

5 Mit der nun gesetzlich beschlossenen Einrichtung eines Landesschulamtes in Wiesbaden, welches unter einem Dach die Staatlichen Schulämter, das Amt für Lehrerbildung (AfL) sowie das Institut für Qualitätssicherung (IQ) organisatorisch beherbergt, sollen nach Plänen des Kultusministeriums den Schulämtern vor Ort Kompetenzen entzogen werden. Wir fordern die Landesregierung
10 dringend auf, keine Kompetenzbeschneidungen bei den Schulämtern in der Fläche (hier insbesondere Standort Bebra) vorzunehmen. Die personellen und sachlichen Ressourcen und Kompetenzen werden dringend benötigt, um die bildungspolitischen Herausforderungen der Zukunft (u. a. Inklusion und selbstständige Schulen) in gewohnter Qualität bewältigen zu können.

15 Begründung:

20 Wenn die Staatlichen Schulämter in ihren Kompetenzen und ihrer Verantwortung wie vorgesehen beschnitten würden, bedeutet das einen Verlust an Beratung für die Schulen vor Ort, die dann alleine mit ihren Problemen zurechtkommen müssen. Schulträger und Staatliche Schulaufsicht müssen auf Augenhöhe kooperieren können, um gemeinsam Schulentwicklung mit regionaler Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung landespolitischer Vorgaben voranzutreiben.

25

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kap. 1.1, Abschnitt SELBSTSTÄNDIGKEIT DER SCHULEN UNTERSTÜTZEN

Antragsbereich G/ Antrag 8

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Gleiche Chancen für alle ! - Lernmittelgleichheit garantieren

Wir fordern, dass Schülerinnen und Schüler, die denselben Abschluss anstreben und die gleichen Prüfungen ablegen müssen, in gleicher Art und Weise gefördert werden. Hierzu sind als Grundlage identische Schulbücher erforderlich.

5

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, ein Modell zu entwickeln, das allen Schülern gleiche Lernchancen durch einheitliche Lernmittel sichert.

10 **Begründung:**

Wenn ein Schüler in Hessen beispielsweise das Abitur absolvieren möchte, so muss er das landesweite Zentralabitur schreiben. Eine Grundlage des persönlichen Erfolges in diesen Prüfungen sind unter anderem die Schulbücher. Um jedem Schüler die gleichen Chancen einzuräumen, müssten alle Schüler auf die gleichen Schulbücher zurückgreifen können. Dies ist jedoch nicht der Fall. Nicht unüblich ist sogar, dass Schüler, die an derselben Schule und im selben Jahrgang unterrichtet werden, unterschiedliche Bücher zur Verfügung haben. Diese variieren in Qualität und Aktualität und schaffen damit eine zu bekämpfende Ungleichheit und damit Ungerechtigkeit zwischen den Schülern.

25 Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Überweisung als Material an Landtagsfraktion

Antragsbereich G/ Antrag 9

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Landesvorstand
SPD-Landtagsfraktion

Inklusion umsetzen

5 Der SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, im Falle einer Regierungsübernahme nach der nächsten Landtagswahl den so genannten „Ressourcenvorbehalt bei der inklusiven Beschulung“ (§49, Abs. 2 sowie §54 Abs. 4 u. 7 des hessischen Schulgesetzes) sofort nach Regierungsübernahme neu zu regeln, dies darf nicht zu Lasten des Schulträgers gehen. Schulen, die inklusiv beschulen wollen, müssen alle erforderlichen Mittel erhalten, die für eine inklusive Pädagogik notwendig sind.

10 Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kap. 1.1, Abschnitt GEMEINSAM VON VIELFALT PROFITIEREN

Antragsbereich G/ Antrag 10

Antragsteller: Unterbezirk Hochtaunus
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
Hessische Landesregierung

Privatschulen überprüfen

5 Die Fraktion der SPD im Hessischen Landtag fordert die Landesregierung auf, sämtliche Privatschulen dahingehend zu überprüfen, inwieweit diese die Voraussetzungen des Art. 7 Abs. 4 Satz 3 des Grundgesetzes (GG) und § 171 Abs. 3 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) erfüllen. Sollte durch eine private Schule eine Sonderung der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern gefördert werden, ist diese Schule umgehend zu reformieren; andernfalls ist deren Genehmigung zu widerrufen.

10 **Begründung:**

Der ältesten Partei Deutschlands ist es schon immer ein erklärtes

15 Ziel, für möglichst umfassende Chancengleichheit zu kämpfen und diese auch zu erreichen. Neben der entschlossenen Reformierung des staatlichen Bildungswesen ist hier von elementarer Bedeutung, dass durch Privatschulen keine Privilegierung wohlhabender Familien bzw. der diesen Familien entspringenden Kindern entsteht. Aus sozialdemokratischer Sicht können daher die
20 gesetzlichen Voraussetzungen für die Genehmigung einer Privatschule nur dann erfüllt sein, wenn es jedem Kind unabhängig von der sozialen Schicht und der finanziellen Situation seiner Eltern ermöglicht wird, auf eine entsprechende Privatschule zu gehen. Jegliche Ausnahmen oder Sonderregelungen führen zu einer
25 Sonderstellung von wohlhabenden Familien, was mit dem Grundwert der SPD und der Jusos, Gerechtigkeit, absolut unvereinbar ist. Die SPD und die Jusos sollten in dieser Frage ganz klar die Position der Unterprivilegierten einnehmen und entschlossen für echte Chancengleichheit kämpfen!

30

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kap. 1.1, Abschnitt FREIE SCHULTRÄGER WIRKUNGSVOLL EINBINDEN

Antragsbereich G/ Antrag 11

Antragsteller: Schwusos Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Landesparteitag Hessen

Homosexualität muss in der Schule Unterrichtsthema werden

Die Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Lesben und Schwule in der SPD“ haben beschlossen:

5 Statistisch betrachtet sitzen in jeder Klasse einer hessischen Schule mindestens ein schwuler Junge und ein lesbisches Mädchen - und dennoch bleiben diese in der Regel „unsichtbar“, da sie sich eben nicht in einem schulischen Umfeld outen, in dem Homosexualität im Unterricht kaum oder gar nicht thematisiert wird, dafür aber auf dem Schulhof „Schwule“ zum gängigsten Schimpfwort gehört.

10

Studien zufolge stehen Schülerinnen und Schüler in ihrer Mehrheit - trotz scheinbarer Akzeptanz in der Welt der Erwachsenen - Homosexualität skeptisch bis ablehnend gegenüber. Entsprechend vermeiden es Lehrerinnen und Lehrer, dieses Thema explizit zum
15 Gegenstand des Unterrichts zu machen.

Umso mehr ist es daher Aufgabe der Schule, schwulen und

20 lesbischen Schülerinnen und Schülern mit unterrichtlichen Inhalten positiv besetzte Identifikationsangebote zu machen, in den Klassen einen offenen und wertschätzenden Diskurs zu eröffnen und damit für alle Beteiligten einen Beitrag zur Werteerziehung im Sinne von Toleranz und Aufgeschlossenheit zu leisten.

25 Um hier Wirksamkeit zu erzielen, muss das Thema „Homosexualität“ mit seinen unterschiedlichen Aspekten Eingang in die verpflichtenden Inhalte der hessischen Lehrpläne finden. Erst dadurch wird gewährleistet, dass das Thema tatsächlich auch im konkreten Unterricht verhandelt wird. Die gegenwärtige Situation ist hier trostlos: Bei einer punktuellen Durchsicht der Lehrpläne 30 unterschiedlicher Bildungsgänge fällt auf, dass selbst in den naheliegend scheinenden Fächern Deutsch, Biologie, Politik und Wirtschaft, Religion etc. das Thema Homosexualität nicht ein einziges Mal explizit angesprochen wird. Zwar ergeben sich grundsätzlich mögliche Ansatzpunkte bei den Themenfeldern 35 Identitätsfindung, Liebe, Sexualität, Familienformen, das Stichwort Homosexualität wird jedoch an keiner Stelle genannt.

Daher fordert die hessische SPD:

- 40 • Schülerinnen und Schüler müssen sowohl im Hinblick auf Hilfen bei der Identitätsfindung als auch hinsichtlich einer allgemeinen Werteerziehung im Unterricht die Möglichkeit haben, sich mit dem Thema Homosexualität auseinanderzusetzen. Dabei sind neben Sachinformationen 45 auch fiktional-emotionale Anknüpfungspunkte (z.B. durch entsprechende Romane, Erzählungen im Deutschunterricht) anzubieten.
- 50 • Eine Überarbeitung der Lehrpläne in den Fächern Deutsch, Biologie, Politik und Wirtschaft, Religionslehren und Ethik ist dahingehend notwendig, dass bei dort bereits vorhandenen Pflichtthemen (z.B. Familie, Lebensformen, Liebe) jeweils verpflichtend die Stichwörter „Homosexualität / 55 homosexuelle Lebensformen / schwule Liebe / lesbische Liebe“ aufgenommen werden bzw. im Fach Deutsch Lektürehinweise zu fiktionaler Literatur, die homosexuelle Liebe zum Gegenstand hat, aufgenommen werden.
- 60 • Für Lehrkräfte sind von Seiten des Kultusministeriums fächerübergreifende Handreichungen zu entwickeln und herauszugeben, die den Lehrerinnen und Lehrern Materialien und didaktische Hilfen bei der Thematisierung von Homosexualität in ihrem Unterricht ermöglichen.

65 Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 6.2, TOLERANZ UND OFFENHEIT

H. Steuern und Finanzen

Antragsbereich H/ Antrag 1

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesparteitag Hessen

Transaktionssteuermodell

Der Parteitag fordert eine Transaktionssteuer von 0,1 Prozent auf Geschäfte mit Aktien und Wertpapieren und von 0,01 Prozent auf Derivate, um damit ein differenziertes Modell mit Handelskorridor zu entwickeln.

5

Begründung:

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie instabil das Finanzsystem geworden ist. Eines der größten Probleme sind die übermäßig großen Geldströme, die unverhältnismäßig im Vergleich zum produzierenden Gewerbe sind. Dass zu viel Kapital verschoben wird, kann man schon allein daran erkennen, dass es zeitweise zu negativen Zinsen auf deutsche Staatsanleihen kam. Mit dem Hintergrund der Bankenrettung ist es unverantwortlich, dieses freie Kapital nicht für gesellschaftliche Zwecke wieder abzuschöpfen.

10

15

Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass das System stabiler wird. Denn es muss berücksichtigt werden, dass bei einer Einführung der Transaktionssteuer Geschäfte mit kleineren Gewinnen nicht mehr getätigt werden, die wiederum zur Stabilisierung der Kurse beitragen. Deshalb ist eine pauschale Besteuerung, wie beim vergangen Bundesparteitag beschlossen zwar ein sehr einfaches Modell, wird aber der heutigen wirtschaftlichen Komplexität nicht gerecht. Daher fordern wir, dass wir weiter an dem Instrumentarium der Transaktionssteuer arbeiten.

20

25

In der Vergangenheit besteuerten bereits einige Länder z.B. Frankreich, Deutschland und Schweden die Finanztransaktionen. Schweden z.B. ist heutzutage ein entschiedener Gegner der Besteuerung von Transaktionen, weil dieses Land mit der Erhebung einer Börsenumsatzsteuer schlechte Erfahrungen machen musste. Die schwedische Regierung erhoffte sich Einnahmen in Höhe von 165 Mio. €. Letzten Endes nahmen die Schweden u.a. wegen der Krise beim Handel mit festverzinslichen Wertpapieren, nur 9 Mio. € ein.

30

35

Wenn man dies berücksichtigt ist es etwas verständlich, das Schweden äußerst skeptisch gegenüber der Besteuerung von Transaktionen ist. trotzdem kann es nicht sein dass z.B. Großbritannien auf Grund eigener Machtinteressen der Meinung

40

45 ist, dass ihr Konzept der „Stempelsteuer“ ausreichend ist. Denn diese Steuer erfasst nur den Handel mit Aktien und Optionsscheinen und nicht z.B. das Geschäft mit Derivaten. Also genau der Handel mit Finanzprodukten, der uns mit in diese Krise zog. Daher müssen, wie bereits beschlossen, alle Transaktionen besteuert werden.

50 Ziel der Erhebung der Transaktionssteuer ist es, Kursschwankungen abzufedern. Um dies zu ermöglichen, sind wir der Ansicht, dass zur Besteuerung das Modell des Handelskorridors herangezogen werden sollte. Dieser Korridor könnte beispielsweise 30 % des jeweiligen Durchschnittskurses der letzten 30 Tage umfassen. Also werden Geschäfte innerhalb dieses Korridors abgeschlossen, gilt ein
55 niedrigerer Steuersatz. Dadurch lohnt es sich z.B. nicht mehr allzu große Spekulationsgeschäfte abzuschließen.

60 Durch diese Maßnahme könnten auch die Gegner der Besteuerung von Transaktionen umgestimmt werden. Denn wir fordern dass eine Transaktionssteuer weltweit eingeführt wird um Steueroasen und Abwanderung von Kapital zu vermeiden.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm Bund, Kap. IV. Für eine gerechte Steuerpolitik

I. Integration

Antragsbereich I/ Antrag 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen

Keine Diskriminierung vor den Diskotheken!

Der Parteitag möge beschließen:

5 Mittlerweile sind es leider keine Ausnahmen mehr: Regelmäßig wird Menschen wegen ihres Aussehens der Eintritt in Clubs und Kneipen verwehrt. Das begründen die meisten Betreiber/innen mit einem höheren Gewaltpotenzial.

10 Das ist für uns nicht hinnehmbar. Wir wehren uns gegen diese Art der Selektion!

Wir fordern die hessische Landesregierung zu einem Dialog mit Club- und Kneipenbesitzern und Betroffenen auf. Diese Ergebnisse sollen als Basis für eine neue gesetzliche Regelung dienen.

15 Weiterhin möchten wir das Thema nicht aus den Augen verlieren und werden es durch eine Veranstaltung selbst aufgreifen.

Begründung:

20 Oft wird Menschen mit Migrationshintergrund scheinbar willkürlich von Clubbetreibern der Eintritt verwehrt. Begründet wird dies meistens mit fadenscheinigen Argumenten: falscher Kleidungsstil, übermäßiger Alkoholkonsum oder geschlossene Gesellschaft.

25 Allerdings wurden schon in dem oder anderen Frankfurter Club die Einlassregeln im Gespräch mit anderen Gästen mit Argumenten wie „arischer Abend“ oder „zu viel Schwarze“ verteidigt.

30 Weiterhin geben auch viele Clubbesitzer an, dass von vor allem männlichen Migranten ein erhöhtes Gewaltpotenzial ausgeht, welches sie einzudämmen versuchen. Dieses Problem muss ernstgenommen werden und daher muss die aktuelle Integrationspolitik neu gestaltet werden.

35 Hier hat die Hessen-SPD schon einen Grundstein vorgelegt

Empfehlung der Antragskommission:

40 Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 6.3,
Abschnitt DISKRIMINIERUNG, RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS,
HASS UND GEWALT KONSEQUENT BEKÄMPFEN

Antragsbereich I/ Antrag 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag

Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Jeder Ausländer/Jede Ausländerin darf kostenlos an Integrationskursen teilnehmen. Dabei wird nicht zwischen EU-BürgerInnen und Nicht-EU-BürgerInnen unterschieden.

Die Kosten sind nicht den Kommunen anzulasten, sondern vom Bund zu tragen.

10 **Begründung:**

15 Deutschland hat es viele Jahrzehnte lang versäumt, eine effiziente, langfristig erfolgreiche Integrationspolitik zu betreiben. Die ersten MigrantInnen in Deutschland wurden lediglich als „GastarbeiterInnen“ betrachtet und somit haben die damaligen Bundesregierungen keine langfristigen Projekte und Programme ins Leben gerufen, um diese Menschen erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integrieren zu können.

20 Dass eine erfolgreiche Integration den Bestand der Gesellschaft sicherstellt, dürfte sicherlich absolut nachvollziehbar sein.

25 Bei den sogenannten Integrationskursen handelt es sich um Sprachkurse, bei denen die Sprachkompetenzen gefördert werden und Kurse, in denen geschichtliches Wissen über die BRD vermittelt wird. Dieser Spracherwerb dient hauptsächlich einer Aus- und Weiterbildung des Betroffenen. Ein allgemein wichtiges Ziel dieser Kurse ist, ausländische Menschen erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integrieren zu können. Hierbei spielt der Spracherwerb
30 eine außerordentlich wichtige Rolle, denn er ist der Schlüssel zu allen weiteren Prozessen der Sozialintegration im Aufnahmeland.

35 Allerdings haben EU-BürgerInnen keinen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an diesen Kursen und die Kosten dieser Kurse stellen für viele ein Hindernis dar.

Die Bundesregierung hat aber im Jahre 2011 entschieden, mehrere

Millionen Euro bei diesen Kursen zu sparen.

- 40 Wenn wir aber in einer Gesellschaft leben möchten, die ausländerfreundlich ist und jeden Menschen akzeptiert und willkommen heißt, muss auch seitens dieser Gesellschaft etwas dafür getan werden
- 45 Denn Integration ist stark von der Aufnahmebereitschaft abhängig.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

J. Kommunal- und Regionalpolitik

Antragsbereich J/ Antrag 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktion

Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen!

Der Landesparteitag möge beschliessen:

5 Bund und Ländern haben den Kommunen in den letzten Jahren eine
Vielzahl von Aufgaben übertragen, die diese häufig vor finanzielle
Hürden stellt. Die Garantie auf einen U3-Betreuungsplatz ist nur ein
Beispiel hierfür. Hinzu kommt, dass viele Kommunen auch ohne
diese weitere Aufgaben kaum in der Lage waren, ihren Aufgaben
nachzukommen, von freiwilligen Leistungen ganz zu schweigen.
10 Viele retteten sich unter den Kommunalen Rettungsschirm der
Landesregierung. Wir lehnen eben diesen ab, da er die kommunalen
Parlamente entmündigt und ihnen jeglichen Spielraum nimmt. Die
miserable finanzielle Situation der Kommunen ist eben nicht
hausgemacht, es fehlt den Kommunen an Einnahmen. Auch wir
15 Jusos fordern stets neben dem Blick auf die Ausgaben den Blick auf
die Einnahmen. Allerdings kann das nicht bedeuten, dass Steuern,
Abgaben und Gebühren ohne Rücksicht auf die finanzielle
Leistungsfähigkeit der Betroffenen erhoben werden. Ein Beispiel
hierfür ist die Pferdesteuer, die nun viele -allen voran
20 finanzschwache- Kommunen planen einzuführen bzw. es bereits
getan haben.

Um den Menschen die Möglichkeit zu geben ihr Umfeld
selbstbestimmt zu gestalten, sind starke Kommunen notwendig.
Wir fordern daher die neue hessische Landesregierung und die neue
Bundesregierung dazu auf, die kommunale Finanzierung auf neue
25 Beine zu stellen. Eine Möglichkeit könnte eine sozialgerechte
Einnahmenerhöhung des Bundes sein, die auf Länder und
Kommunen umverteilt wird. Den betroffenen Kommunen müssen
mehr Zuschüsse gezahlt werden. Von der neuen hess.
Landesregierung fordern wir, dass alle Bundesmittel, die
30 Kommunen und ländlichen Raum dienen sollen, ohne
Managementaufwendungen durchgeleitet werden.

Begründung:

35 Erfolgte mündlich

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 5.3,

Antragsbereich J/ Antrag 2

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Innerstädtischer Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum

Die hessische SPD-Landtagsfraktion, alle SPD-Kreistagsfraktionen in Hessen, sowie alle SPD-Gemeindefraktionen in Hessen werden aufgefordert, dem zunehmenden Problem von innerstädtischen Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum entgegen zu steuern.

5

Dazu fordern wir die Ausweitung des hessischen Dorferneuerungsprogramms, welches durch Investitionen in die Dorfkerne den zunehmenden Leerstand in den Kommunen entgegen wirkt. Kommunen soll somit die Möglichkeit gegeben werden ihre Dorfkerne zu beleben und somit attraktiver für Bewohner und Wirtschaft zu werden. Dies kann nur realisiert werden, wenn die Entwicklung regionaler Konzepte zur Bekämpfung von Leerstand gefördert und gefordert wird

10

15 Begründung:

Durch die zunehmende Urbanisierung gehen kleineren Kommunen auch wichtige infrastrukturelle Elemente verloren, da viele Geschäfte und Büros sich zentralere und größere Standorte suchen.

20

Eine Leerstandsbefragung unter deutschen gebäudeverwaltenden Unternehmen aus dem Jahre 2010 ergab, dass im Portfolio dieser Firmen bis zu 25% Leerstand vorzufinden sind. Viele dieser Immobilien stehen bereits seit 24 Monaten leer.

25

Dieses Problem zieht sich bereits seit den 90er-Jahren durch strukturschwache Kommunen im ländlichen Raum. Daher wird es Zeit, durch ein modernes Konzept Wohnungen und Geschäftsräume in Kommunen attraktiver und damit erfolgreicher zu machen.

30

Der Hauptlösungsansatz liegt in der richtigen Vermarktung. Vor allem Neue Medien, wie das Internet sind hier hilfreich, aber auch regelmäßige Flyer in Printmedien (auch überregional) können Wohn- und Arbeitsraum attraktiv vermarkten.

35

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

Antragsbereich J/ Antrag 3

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Landesparteitag Hessen

SPD-Landesvorstand

Den ländlichen Raum gestalten - Klare Perspektiven für Nordhessen

Für uns Sozialdemokraten ist es eine Kernaufgabe der Landespolitik, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Räumen Hessens zu schaffen und zu erhalten. Dies bedingt eine wechselseitige Partnerschaft zwischen Stadt und Land zum wechselseitigen Nutzen und zum Wohl aller Menschen im Land.

Die Regionen Hessens sind vielfältig. Zugleich ist ein großer Teil unsers Landes vorwiegend ländlich strukturiert. Um den notwendigen Ausgleich herzustellen – insbesondere zur Sicherung und zum Erhalt der Infrastruktur in den ländlichen Räumen - benötigen wir eine Politik, die spezifische Lösungsansätze ermöglicht und zugleich die Verantwortung des Landes betont.

Angesichts des demografischen Wandels gewinnt dieser Auftrag zusätzlich an Bedeutung, weil die ländlichen Räume von einem Rückgang der Bevölkerungszahlen proportional stärker betroffen sein werden als die Ballungszentren. Dies erfordert Antworten durch die Politik, die sicherstellen, dass den Menschen im ländlichen Raum und damit auch in unserer nordhessischen Region gleiche Lebensqualität, gleiche Lebenschancen und gerechte Lebensbedingungen geboten werden.

Eine Politik für den ländlichen Raum, die an Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet ist, muss aus unserer Sicht folgende Punkte beinhalten:

- Das Land muss die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die es den Kommunen ermöglichen, die Daseinsvorsorge vor Ort sicherstellen zu können. Dazu zählt u.a. ein seitens des Landes ausreichend ausgestatteter und gerechter kommunaler Finanzausgleich.

- Eine Stärke der ländlichen Räume ist der Einsatz der Menschen vor Ort in ihren Dörfern, Gemeinden und Städten. Dieses bürgerschaftliche Engagement als Motor für Lebensqualität muss

unterstützt und gestärkt werden.

40 - Damit der ländliche Raum langfristig lebenswert bleibt, müssen
Dörfer, Städte und Gemeinden attraktiv erhalten werden. Die
innerörtliche Entwicklung und die Stadtentwicklung müssen
gefördert werden, damit Ortskerne und Stadtzentren auch in
Zukunft Mittelpunkt gemeinschaftlichen Zusammenlebens bleiben.
45 Dazu gehören auch Initiativen für altersgerechtes Wohnen und die
Sicherstellung der Nahversorgung.

- Ein Programm für den ländlichen Raum muss die
Grundversorgung sicherstellen und Impulse für Handwerk und
Mittelstand setzen. In diesem Sinne sind die Dorferneuerung und
50 die einfache Stadterneuerung als zentrale
Unterstützungsleistungen ländlicher Räume und erfolgreiche
regionale Wirtschaftsförderung beizubehalten und wieder
auszubauen.

55 - Daneben ist es unerlässlich die leistungsfähige und regional
verankerte Sparkassenlandschaft zu erhalten. Sie sind wichtiger
Bestandteil einer an den Bedürfnissen der Menschen und der
kleinen und mittelständischen Unternehmen orientierten
Infrastruktur.

60 - Politik für den ländlichen Raum beinhaltet unter dem
Gesichtspunkt der Gerechtigkeit auch eine besondere
Verantwortung des Landes bei der Zuordnung von
Landesarbeitsplätzen. Eine Bestandsgarantie für die
65 Regierungspräsidien und deren Außenstellen im Sinne einer
bürgernahen Verwaltung in den ländlichen Räumen zählt ebenso
dazu wie die (Rück-) Verlagerung in der Verantwortung des Landes
liegenden Arbeitsplätzen und Landesbehörden in die ländlich
strukturierten Regionen Hessens.

70 - Eine gute Bildungsinfrastruktur ist für die Gewährleistung
gleichwertiger Lebensverhältnisse unverzichtbar. Wohnortnahe
Bildungsangebote müssen erhalten und gezielt für den ländlichen
Raum weiter entwickelt werden. Leitgedanke sozialdemokratischer
75 Bildungspolitik mit Blick auf die ländlichen Räume muss daher sein,
sinkende Schülerzahlen nicht für Einsparungen zu nutzen, sondern
weiter in die Qualität des Schulsystems zu investieren und für
kleinere Klassen. Das kann am besten in integrativen
Schulsystemen gelingen.

80 - Wichtige Zukunftsbranchen mit innovativen Ideen, wie die
Energiewirtschaft, müssen in ländlichen Räumen weiterentwickelt
werden. Gerade sie verfügen über hohe Potenziale, um regionale
Wertschöpfung durch eine Umsteuerung hin zu erneuerbaren
85 Energien zu ermöglichen. Eine erfolgreiche Energiewende
entscheidet sich im ländlichen Raum.

90 - Wissenschaft und Technologie müssen gerade mit Blick auf die
ländlichen Räume gestärkt, das Know How der Universitäten und
Fachhochschulen noch stärker genutzt werden. Dazu müssen
vermehrt erfolgs- und leistungsorientierte
Technologietransferstellen geschaffen werden sowie
Förderinstrumente zur Technologie und Innovationsberatung, die
speziell auf ländliche Räume zugeschnitten sind.

95 - Die Versorgung ländlicher Räume mit leistungsfähigem Internet
und Breitband ist ein herausgehobenes Ziel, denn sie bestimmt zum
einen die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, zum
anderen ist der problemlose Zugang zu Internet und neuen Medien
100 ein wesentliches Element der Lebensqualität für die Menschen in
unserem Land.

105 - Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger – auch und den
ländlichen Regionen – ist und bleibt die Aufgabe der öffentlichen
Daseinsvorsorge. Neben den zuständigen Gebietskörperschaften
muss hier auch das Land mit dem Bund in die Verantwortung
genommen werden. Eine angemessene und attraktive Versorgung
mit öffentlichen Verkehrsangeboten in ländlichen Räumen muss
sichergestellt sein.

110 - Angesichts des demografischen Wandels wird der Bedarf an
medizinischen und pflegerischen Leistungen in ländlichen Räumen
sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich weiter
ansteigen. Deshalb muss die Gesundheitsversorgung im ländlichen
Raum durch ein abgestimmtes Konzept sichergestellt werden. Die
115 Rechte von Land und kommunaler Ebene in der Sicherstellung der
Versorgung müssen ausgebaut werden. Um eine wohnortnahe
Grundversorgung auch in Zukunft zu gewährleisten müssen neue
Formen der Kooperation ambulanter und stationärer Versorgung in
120 der Fläche ausgebaut werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 5.1.:
FÖRDERUNG LÄNDLICHER GEBIETE

Antragsbereich J/ Antrag 4

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landesparteitag Hessen

Verbindliche finanzielle Stärkung der regionalen Sozialplanung im ländlichen Raum

Wir fordern eine verstärkte und verbindliche finanzielle Unterstützung der Sozialraumorientierung im ländlichen Raum. Gerade in ländlichen Regionen ist eine stärkere Gewichtung der Analyse von sozialen Infrastrukturen wichtig, um adäquat auf die Gestaltung von Lebenswelten eingehen zu können. Dies bezieht sich auf alle im SGB II, VIII und XII angegebenen Leistungen um eine kinder-, jugend-, familienfreundliche und inklusive Lebenswelt zu gestalten. Voraussetzung dafür ist, dass auf der Grundlage einer regionalen Sozialplanung, d.h. verbindliche Datenerhebung der Bevölkerungsstruktur und der sozialen Infrastruktur, gearbeitet wird. Die einzelnen Landkreise sollen hierzu finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um einen regionalen Sozialatlas zu erstellen.

Diese Erstellung soll für alle regionalen Verwaltungsinstanzen verbindlich sein und bedarf finanzieller Unterstützung von Land und Bund.

Neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen stellen für Kommunen stets neue Herausforderungen dar. Herausforderungen bestanden immer, die Dimensionen und Qualitäten haben sich jedoch stark verändert. Die steigenden Sozialausgaben sind für einzelne Kommunen nicht mehr zu bewältigen. An diesem Punkt darf die Hauptfrage jedoch nicht mehr ausschließlich die Finanzierungsmöglichkeit sein, sondern vielmehr die Erschließung von Ressourcen und neuen Handlungsspielräumen.

Durch eine integrierte Sozialplanung in der kommunalen Finanzplanung entstehen neue Möglichkeiten frühzeitig Demografie bedingte und wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen zu erkennen und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Budgetstrukturen deuten und erkennen zu können. Dabei nimmt die regionale Sozialplanung die Rolle im Spannungsfeld der mittel- und langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf das soziale Miteinander, der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft und der sozialen Sicherungssysteme ein.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

Antragsbereich J/ Antrag 5

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Kommunen finanziell besser ausstatten

Der SPD-Bezirksparteitag bittet die o. g. Adressaten, sich weiterhin vehement gegen die kommunalfeindliche Politik der schwarzgelben Landesregierung einzusetzen und eine nachhaltige und dauerhafte Verbesserung der Kommunalfinanzen sicher zu stellen.

5 Die kommunale Selbstverwaltung sowie die kommunale Daseinsvorsorge dürfen nicht weiter gefährdet werden.

10 Steuersenkungen der letzten Jahre haben Länder und Kommunen in ein strukturelles Defizit gezwungen, das ohne erhebliche Verbesserung der Einnahmen nicht beseitigt werden kann. Bereits jetzt sehen wir vielerorts die dramatischen Auswirkungen auf kommunale und Landesinfrastruktur. Wir fordern daher die Rückkehr zu einer verfassungsgemäßen Finanzausstattung der Länder, für die der Bund zuständig ist. Diese ist die unverzichtbare
15 Voraussetzung, um eine angemessene Finanzierung von Landes- und Kommunalpolitik zu ermöglichen. Bundestagsfraktion und Bundespartei werden aufgefordert, sich für eine Verbesserung der allgemeinen Steuereinnahmen der Länder einzusetzen, die für Hessen kurzfristig eine Größenordnung von 2 Milliarden jährlich
20 erreicht.

Auf dieser Grundlage kann und muss die Finanzausstattung der Kommunen dauerhaft verbessert werden. Neben einer angemessenen Aufstockung des KFA um den entsprechenden Anteil
25 an der geschilderten Mehreinnahme fordern wir:

- Rückgabe der vom Land Hessen jährlich aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommenen 344 Millionen Euro an die Kommunen

30 (anstatt ungenügendem „Rettungsschirm“ für ¼ aller Kommunen)

- Finanzielle (⅓) Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Schulsozialarbeit
- Übernahme der Personalkosten für die Umsetzung der Personalmindestverordnung in den Kita-Gruppen

35

- 40 • Erhöhung der Zuschüsse des Landes für die Betriebskosten zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren
- Rücknahme der Kürzung von jährlich 20 Mio. € für die Verkehrsverbände
- 45 • Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

50 Für Sozialdemokraten ist auch selbstverständlich, dass im Verhältnis von Land und Kommunen auch bei knappen Kassen die elementaren Spielregeln eingehalten werden. Dazu gehört für uns unverzichtbar:

- Keine Kürzung der Schulbaupauschale für die Schulträger
- 55 • Keine Zwangsvorgaben des Landes bzw. Regierungspräsidiums wie z.B. Kreisumlagererhöhungen, Privatisierungsforderungen oder weitere Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen
- 60 • Ungekürzte Weitergabe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt für kommunale Investitionsmaßnahmen
- Sicherstellung des in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzips
- 65 • Reform des hessischen Finanzausgleichsgesetzes (FAG), die insbesondere für den ländlichen Raum eine Berücksichtigung von Gemeindefläche und Ortsteilanzahl enthält

70

Begründung:

75 Die Haushaltslage der Kommunen ist katastrophal, Haushaltsausgleiche sind in den meisten Städten und Gemeinden sowie Landkreisen trotz größter Sparanstrengungen nicht mehr zu gewährleisten. Die Kommunale Selbstverwaltung ist stark gefährdet.

80 Leistungsfähige und starke Kommunen sind die Grundvoraussetzung für die öffentliche Daseinsvorsorge. Die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ist nicht mehr hinnehmbar.

85 Wie ernst die Lage ist, zeigt die Verfassungsklage mehrerer Landkreise gegen das Land Hessen wegen unzureichender Finanzausstattung.

Die jährliche Entnahme von 344 Mio. € aus dem Kommunalen

90 Finanzausgleich sowie Aufgabenverlagerung auf die kommunale Eben ohne entsprechende Finanzausstattung, treiben die Kommunen immer mehr in die Verschuldung.

95 Der von der Hessischen Landesregierung ins Leben gerufene „Rettungsschirm für Kommunen“ ist ein löchriger Knirps, der weder eine Entschuldung der Kommunen erreicht, noch strukturelle Defizite verhindern kann.

100 Lediglich ¼ aller Kommunen erhalten die Möglichkeit, einen Teil ihrer Schulden zu tilgen bzw. günstigere Zinsen zu erlangen. Das Land übernimmt mit ca. 3 Mrd. € nur 20% der kommunalen hessischen Gesamtschulden und somit ist dieser Knirps völlig unzureichend. Insbesondere auch weil keine strukturellen Defizite beseitigt werden. Ohne eine Reform des Finanzausgleichsgesetzes wird es nicht möglich sein, die Verschuldung einzudämmen.

110 Vor dem Hintergrund der Auswirkungen des demografischen Wandels gilt es auch den ländlichen Raum finanziell besser auszustatten. Die notwendige kommunale Infrastruktur muss vor Ort erhalten werden, obwohl immer weniger Einwohner zu weniger Steuereinnahmen führen. Mit dieser gesellschaftlichen Herausforderung dürfen die Kommunen nicht alleingelassen werden. Den ländlichen Raum attraktiv zu halten und eine Finanzausstattung zu leisten, die der kommunalen Selbstverwaltung Rechnung trägt, muss Aufgabe des Landes sein.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 5.3, Abschnitt KOMMUNEN WIEDER HANDLUNGSFÄHIG MACHEN

Antragsbereich J/ Antrag 6

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landesparteitag Hessen

Mit gerechter Lastenverteilung zu einem handlungsfähigen Staat - für Bildung, Ökologie und lebenswerte Städte

1. Wir wollen handlungsfähige Städte und Gemeinden!

Die Situation der meisten Kommunen in Hessen und bundesweit ist

5 dramatisch. Viele sind bereits handlungsunfähig, da viele Aufgaben auf sie abgewälzt wurden, ohne die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen haben ein Einnahme- und kein Ausgabenproblem!

10 Wir wollen aber lebenswerte Städte und Gemeinden, die zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger insbesondere eine leistungsfähige soziale und kulturelle Infrastruktur sowie gute öffentliche Dienstleistungen bieten. Durch die Stärkung der Einnahmeseite muss den Kommunen der Handlungsspielraum für erforderliche Investitionen und laufende Ausgaben zurückgegeben werden.

15 Unerlässlich ist, dass

20 - die von der CDU/FDP-Bundesregierung verantwortete Kürzung des Programms „Soziale Stadt“ zur Förderung von sozialen Brennpunkten von jährlich 107 Mio. € auf 28,5 Mio. € zurückgenommen wird.

25 - die von der schwarz-gelben Landesregierung beschlossene Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um jährlich 360 Mio. € rückgängig gemacht wird.

30 - die Gemeinden durch eine Gemeindefinanzreform größere Anteile an den Einkommens- und den Gewerbesteuern erhalten, die schließlich von Bürgerinnen und Bürgern sowie Handel und Gewerbe entrichtet werden.

35 2. Wir wollen gute gebührenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule!

40 Und wir wollen lebenslang Weiterbildungschancen für alle eröffnen. Gemessen am OECD-Durchschnitt zahlt Deutschland pro Jahr 20 Mrd. Euro zu wenig für Bildung. Die Ausgaben für Bildung müssen schnellstmöglich mindestens auf den OECD-Durchschnitt angehoben werden. Gleiche Bildungschancen für alle sind zugleich die beste Integrationspolitik.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 5.3, Abschnitt KOMMUNEN WIEDER HANDLUNGSFÄHIG MACHEN

Antragsbereich J/ Antrag 7

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen

Ablehnung des „Kommunalen Rettungsschirms“

Der Parteitag lehnt den „Kommunalen Rettungsschirm“, den CDU und FDP in Hessen durchsetzen wollen, ab.

Begründung:

5

1. Seit 2011 nehmen CDU/FDP-Landesregierung den Kommunen dauerhaft 344 Millionen Euro jährlich weg. Nun sollen lediglich 106 Kommunen rund 100 Millionen Euro zurückerhalten. Das ist ungerecht.

10

2. Das Programm der CDU/FDP-Landesregierung ist auf 30 Jahre angelegt. Unserem Landkreis werden jährlich 10 Millionen Euro genommen. Lediglich etwas mehr als eine gute Million Euro soll über den Rettungsschirm zurückfließen. Das ist ungerecht.

15

3. In den vom Rettungsschirm betroffenen Kommunen sollen ausgeglichene Haushalte bis 2020 erzielt und dann dauerhaft erhalten bleiben. Dazu soll jede Kommune pro Kopf und Jahr 100 Euro einsparen. Das kann im einzelnen bedeuten:

20

- Kostendeckende Kindergartengebühren, also gut 350 Euro pro Monat und Kind. Das ist ungerecht und unsozial.

25

- Deutliche Erhöhung der Grundsteuer A oder B von beispielsweise 300 auf 600 Euro pro Jahr. Das ist ungerecht und unsozial.

30

- Deutliche und kostendeckende Erhöhung der Friedhofsgebühren. Von beispielsweise 800 auf 1.500 Euro. Das ist ungerecht und unsozial.

35

- Drastische Reduzierung der Zuschüsse und Unterstützung der Vereine, insbesondere der Sportvereine, die die Sportstätten übernehmen und in Eigenregie übernehmen sollen. Das ist ehrenamtsfeindlich.

40

- Beschaffung nur noch von gebrauchten Feuerwehrfahrzeugen. Das ist im Zweifelsfalle ein Spiel von CDU/FDP mit dem Feuer.

- Abschaffung des Parlamentarismus durch Einschränkung jedweder Mitbestimmung beim Haushalt und den Maßnahmen.

Das ist demokratiefeindlich.

45 4. Die Schulden der Kommunen in Hessen sind mittlerweile auf gut
15 Milliarden Euro gestiegen. Deshalb fordern wir: Bund und Land
müssen die Kommunen mit

ausreichend Mitteln ausstatten. Drastische Gebührenerhöhungen
auf kommunaler treffen alle gleich; die Reichen profitieren.

50

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 5.3,
Abschnitt KOMMUNEN WIEDER HANDLUNGSFÄHIG MACHEN

55

Antragsbereich J/ Antrag 8

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landesparteitag Hessen

Sicherung der Gewerbesteuer als Einnahme für die Kommunen

Die hessische SPD fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, ein
Gesetz zu entwerfen, welches Steuerschlupflöcher für
Unternehmen schließt. Es soll somit zukünftig nicht mehr möglich
sein, dass große Unternehmen ihre Gewinne so „klein rechnen“,
5 dass sie keine Gewerbesteuer leisten müssen.

Begründung:

10 Es ist gegenüber kleinen und mittelgroßen Unternehmen nicht
gerecht, dass große Unternehmen bei der Zahlung der
Gewerbesteuer einseitig bevorzugt werden. Nicht nur die kleinen
Unternehmen haben hierdurch einen Wettbewerbsnachteil. Ebenso
gelangen Kommunen durch eine Sicherung der Gewerbesteuer zu
neuen finanziellen Mitteln und können eine aktivere und
15 nachhaltigere Konsolidierungspolitik verfolgen.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Antragsbereich J/ Antrag 9

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger: SPD-Landesparteitag Hessen

Prämie für Feuerwehrfusionen abschaffen

Die in der Rahmenvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit von der Landesregierung festgelegte Prämie für die Fusion von Feuerwehren wird gestrichen. Stattdessen soll das Geld zur Förderung freiwilliger Kooperationsprojekte zwischen
5 Feuerwehren ausgegeben werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an SPD-Landtagsfraktion und SGK

Antragsbereich J/ Antrag 10

Antragsteller: Stadtverband Dillenburg
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Landesparteitag Hessen

Mehr Demokratie in Gemeinden und Kreisen möglich machen.

In Hessen soll auch in Kommunen über wichtige Vorhaben in der Gemeinde vom Bürger abgestimmt werden können.

Näher zu bestimmen ist vom Gesetzgeber, welche Vorhaben
5 darunter fallen, welche nicht.

Bei diesem Antrag an die Landespartei geht es darum, mehr Demokratie in Gemeinden und Kreisen möglich machen.

10 Eine solche unmittelbare Bürgermitbestimmung gibt es bekanntlich in der Schweiz, aber Varianten davon wurden seinerseits in Schleswig –Holstein durch Engholm eingeführt. Der Erfolg der Piratenpartei kommt auch daher, dass sie solche Möglichkeiten der Mitbestimmung anstrebt. Eine solche Gesetzesinitiative im Landtag
15 stünde der SPD gut an und wäre aus ihrer Geschichte gut zu begründen. Die Bundes-SPD hat im Übrigen versucht, bei der Wiedervereinigung die Möglichkeit von Volksabstimmungen im Grundgesetz zu verankern. Sie hatte damals nicht die notwendige Mehrheit dazu.

20

Begründung:

25 Auslöser des Antrags ist die Diskussion in Dillenburg um die
Annahme des ‚Schutzschirms‘. Diese Diskussion wurde leider fast
nur innerhalb der städtischen Gremien geführt, obwohl die Bürger
unmittelbar betroffen sind, so durch die jetzt beschlossene
Erhöhung der Grundsteuer. Eine Bürgerabstimmung zum
30 Schutzschirm hätte eine viel größere Wahrnehmung und
Beteiligung auf die städtischen Politik gelenkt: Auf die Bereiche, wo
gespart werden soll und was Schwerpunkt der städtischen Politik
werden soll. Und es hätte die Verwaltung und die Parteien
herausgefordert, in großem Maße öffentlich zu erklären und zu
argumentieren.

35 Vor allem diese Notwendigkeit einer öffentlichen Diskussion
sprechen für diese Gemeindereform:

40 Immer weniger Bürger nehmen die Entscheidungen von
Gemeindeparlamenten wahr. Dafür gibt es viele Ursachen, die hier
nur unvollständig skizziert werden können. Wie weit eine
allgemeine sogenannte Politikverdrossenheit wirkt, kann hier nicht
benannt werden. Zu beobachten ist aber:

45 1. Vor allem in der jüngeren Generation geht das Lesen einer
Lokalzeitung stark zurück.

2. Die Eingemeindungen haben für die früher selbstständigen
Gemeinden neben Rationalisierungen in der Verwaltung auch eine
früher unbekannte Distanz von Verwaltung und Bürger geschaffen.

50 Drei Beispiele aus Dillenburg zur Bürgermitbestimmung:

55 In Dillenburg hatte sich in den achtziger Jahren zu dem
einschneidenden Bauprojekt einer sogenannten ‚Stadtautobahn‘
das vierte Bürgerbegehren Hessen gebildet. Das für Bürger sehr
aufwendige Engagement war erfolgreich. Es wurde statt der
‚Stadtaustobahn‘ ein Tunnel gebaut. Eine richtige
Bürgermitbestimmung hätte den Bürgern einen aufreibenden
Kampf von mehreren Jahren erspart.

60 Notwendig und fruchtbar wäre für Dillenburg später eine
unmittelbare Mitbestimmung der Bürger beim Bau eines
Parkhauses und bei dem Auswechseln von Schulgebäuden gewesen
oder bei der Planung einer Geschäftegalerie am Rande der Stadt.

65 Insgesamt sollte bei der Festlegung von Bauleitlinien
Mitbestimmung möglich sein. Hier könnte manches durch Beispiele
aus der Dillenburger Kommunalpolitik erklärt werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 6.5:
WIEDER MEHR DEMOKRATIE WAGEN

K. Innen und Recht

Antragsbereich K/ Antrag 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Legalisierung von Marihuana als Genussmittel

Der Landesparteitag möge beschließen:

Marihuana wird als Genussmittel nach niederländischem Vorbild legalisiert.

5

Begründung:

Trennung der Märkte

10 Haschisch ist illegalisiert. Mehrere Millionen Konsumenten sind dadurch gezwungen auf dem Schwarzmarkt einzukaufen. Der Drogenschwarzmarkt ist von Leuten beherrscht, die nur an harten Drogen etwas verdienen. Haschisch wird nur angeboten, weil es so beliebt bei den Kunden ist. Alle Cannabis Konsumenten kommen
15 somit regelmäßig mit harten Drogen in Berührung. Wäre Cannabis legal zu erhalten, würden große Teile der harten Drogenszene verschwinden, weil die Puscher nicht laufend neue, unerfahrene Opfer nachgeschoben bekämen.

20 Bessere Qualität

Um mehr Gewinn aus der Sache zu holen wird Haschisch oft mit Substanzen wie Sand, Henna aber auch Schuhcreme etc. gestreckt. Da es sich sowieso um einen illegalisierten Markt handelt herrschen
25 wenig Skrupel. Es gibt keine Qualitätskontrollen und keinen Verbraucherschutz; unerfahrene Konsumenten ziehen sich kiloweise Gift rein, staatliche Instanzen lassen lieber so etwas zu als ihre Jahrzehnte alten Lügen unvoreingenommen zu überdenken. Verschlimmert wird der Zustand durch die schwachsinnige
30 Regelung, dass ein Händler, falls er erwischt wird, nach dem prozentualen Wirkstoffgehalt (THC-Anteil) im Haschisch verurteilt wird. Je miserabler die Qualität des beschlagnahmten Stoffes, desto milder die Strafe. Für gesundheitsgefährdendes Strecken mit z.B. Chemikalien wird man auch noch belohnt.

35

Kein Suchtpotential, kaum Gewöhnung

THC, der psychoaktive Wirkstoff in Haschisch oder Marihuana, ist nicht suchtauslösend, weder körperlich noch psychisch. Viele
40 Jointraucher sind aber nikotinabhängig. Nikotin ist ein Nervengift das körperlich und psychisch sehr abhängig macht. Viele

45 Cannabiskonsumenten bemerken, dass es leicht ist auf Cannabis-Tee oder Cannabis-Gebäck zu verzichten – aber vom nikotinschwangeren Joint können sie einfach nicht lassen. Selbst nach jahrelangem, exzessiven Konsum von Cannabis muss die Dosis nicht gesteigert werden um ähnliche Wirkungen zu erzielen wie bei den ersten paar Joints. Im Gegenteil – nicht selten brauchen die Cannabis-Konsumenten im Laufe der Zeit immer weniger Wirkstoff, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.
50 Bei Alkohol und anderen harten Drogen verhält es sich umgekehrt.

Haschisch ist nicht giftig

55 Im Gegensatz zu fast allen psychoaktiven Stoffen wie (z.B. Koffein, Nikotin, Kokain, Alkohol, Muskatnuss, etc. ist THC (in Haschisch und Marihuana)) nicht toxisch. Es gibt keine letale Dosis, die bei Koffein beispielsweise bei wenigen Milligramm liegt. Haschisch ist weder akut noch bei Dauergebrauch giftig, es wirkt nicht abiotisch.

60 Haschisch ist kulturell weltweit integriert

Cannabis wird in China seit 5000 Jahren und in Europa seit 3000 Jahren angebaut. Seitdem wird es auch konsumiert. Kaum ein Land der Erde ohne Kiffer-Tradition. Nie hat es Sucht-Probleme mit den Konsumenten gegeben; die Schwierigkeiten resultieren ausschließlich aus Verbot und Verfolgung in den “modernen” Staaten. Cannabis hat einen hohen Stellenwert als Kulturträger mit großem Einfluss auf Literatur, bildende Kunst und Musik. Die Entstehung von Jazz, HipHop, Reggae usw. ist eng mit Cannabis Konsum verbunden. Haschisch ist eines der ältesten Genussmittel in fast allen Kulturen und überall integriert.
65
70

Haschisch ist keine Einstiegsdroge

75 Die Einstiegsdrogentheorie ist eine der schwachsinnigsten aber hartnäckigsten Prohibitionslügen, die je erfunden wurden. Es ist medizinisch/physiologisch absolut nicht möglich, dass man durch die Einnahme von Substanz x abhängig von Substanz z werden könnte. Das Cannabis ein Einstieg in andere Drogenszene bedeuten kann liegt nicht an der Substanz, sondern folgt der grausamen Logik des Verbotes. Die sprachliche Kategorisierung von Haschisch als illegale Droge bringt seinen Konsumenten auf dem Drogenschwarzmarkt in die Nähe von harten Drogen. Drogen sind nicht ihrer tatsächlichen Gefährlichkeit nach in legal und illegal eingeteilt. Politische und wirtschaftliche Gründe waren und sind ausschlaggebend.
80
85

Entlastung der Verfolgungsbehörden

90 Sechzig Prozent aller Knastinsassen in Deutschland sitzen wegen Betäubungsmittel Gesetz Verstößen im Knast. Die meisten von ihnen wegen Cannabis. Es werden jährlich immer noch über 50.000

Verfahren gegen Kiffer eröffnet. Die Fülle der Verfahren verstopfen Gerichte und Gefängnisse völlig unnötig. Das Verbot hat nur
95 Probleme gebracht und die Kiffer denken nicht im Traum daran damit aufzuhören. Hunderttausende Einzelschicksale, die sich wie Verbrecher behandeln lassen, müssen Arbeits- und Ausbildungsplatz verlieren, ihre Existenz aufgeben und dadurch erst auf die schiefe Bahn geraten. Polizisten, Staatsanwaltschaften,
100 Gerichte und Gefängnisse könnten sich um tatsächlich wichtige Verbrechenbekämpfung wie Steuerhinterziehung, Korruption, Gewalt gegen Kinder, Umweltverschmutzung kümmern.

Glaubwürdigkeitsverlust aller staatlichen Behörden und Instanzen

105 Seit Jahrzehnten wird Cannabis von voreingenommenen Politikern und Beamten verteufelt. Je erfundener und schwachsinniger die Argumente waren, desto verbissener wurden und werden sie von den Prohibitionisten verfochten. Wer Cannabis selbst ausprobiert und feststellt, wie verlogen die Drogenkrieger argumentieren,
110 könnte zu dem Schluss kommen, dass alle Warnungen vor anderen Drogen genauso daneben liegen könnten. So jemand könnte zu wirklich gefährlichen Drogen verleitet werden. Das völlig unsinnige Verbot von Cannabis untergräbt alle Bemühungen von Lehrern,
115 Eltern und Drogenberatern Kinder und Jugendliche vernünftig und glaubwürdig über Drogen aufzuklären.

Cannabis als Nutzpflanze

120 Cannabisfasern sind die stabilsten der ganzen Pflanzenwelt. Es gibt kein hochwertigeres Papier, keine hochwertigeren Textilien als aus Cannabis hergestellte. Es lassen sich über 50.000 Produkte aus Hanf herstellen. Die Pflanze laugt den Boden nicht aus, braucht weniger Dünger und keine Schädlingsbekämpfungsmittel. Politik und
125 Wirtschaft lassen nur THC-freien Hanf zu. Dieser ist empfindlich gegen Schädlinge und benötigt Pestizide und Herbizide. Das freut die Chemie- und Pharmaindustrie. Das THC, das diesen speziell gezüchteten Pflanzen fehlt produzieren dieselben Pharmakonzerne als Haschisch-Pillen um damit noch mal abzukassieren (würde Haschisch in der medizinischen Therapie eingesetzt, wenn es denn
130 tatsächlich giftig wäre?). Auch als Nahrungsmittel ist Cannabis vollwertiger und gesünder als alle anderen Nahrungsmittel. Es enthält alle essentiellen Fettsäuren, alle wichtigen Aminosäuren. Kein anderes Lebensmittel enthält einen so hohen Anteil an
135 Globulin-Proteinen.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an den SPD-Landesvorstand

Antragsbereich K/ Antrag 2

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Bürgerrechte stärken - den Rechtsstaat bewahren

1. Bürgerbeteiligung – mehr Demokratie wagen

Die Zunahme von Politikverdrossenheit und nach den Erfahrungen mit großen Planungsvorhaben wie Stuttgart 21 oder dem Ausbau des Frankfurter Flughafens erfordern einen leichteren Zugang der Bürgerinnen und Bürgern zu politischen Entscheidungsprozessen. Deshalb ist das Quorum zu Einleitung eines Volksentscheides in Hessen maßgeblich zu senken. Das gilt aber auch für die Beteiligung vor Ort. Daher sind die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ebenfalls zu senken.

Diese vermehrten Beteiligungsrechte sind allerdings konsequent durchzuhalten. Deshalb sind die Rechte von Ausländerbeiräten und Seniorenbeiräten ebenfalls zu stärken. Hier bedarf es der Einführung eines Antrags- und Rederechtes in den Gemeindevertretungen.

Das Petitionsrecht muss erweitert werden. Denn das Petitionsrecht ist ein wichtiges Beteiligungsrecht in unserer Verfassung. Wir benötigen eine Vereinfachung des Zuganges zum Petitionsverfahren. Dies sollte durch das digitale Einreichen einer Petition und auch im Wege von öffentlichen Petitionen erfolgen. Die Online-Petition ist zeitnah in Hessen einzuführen.

Es gilt aber auch ein Mehr an Bürgerbeteiligung im parlamentarischen Bereich. Dazu gehört eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Gesetzgebungsprozessen. Deshalb fordern wir ein Anhörungsrecht für die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Gesetzesvorhaben um eine echte Beteiligung zu erreichen.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für eine gelungene Integrationspolitik entscheidend. Wir wollen deshalb ein Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU Bürgerinnen und Bürger in Hessen einführen. Die notwendigen Änderungen des Grundgesetzes sind über den Bundesrat herbeizuführen.

2. Sicherheitspolitik

Innerhalb der Strukturen bei der Polizei herrschen inzwischen große Ungerechtigkeiten. Die zunehmende Arbeitsbelastung bei

gleichzeitiger Anhebung der Wochenarbeitszeit wird als extrem ungerecht wahrgenommen. Das gilt gleichermaßen für den stark belasteten Bereich des Justizvollzugs. Hinzu kommt bei der Polizei eine Führungsstruktur, die sehr starke Ungerechtigkeiten hervor
45 gebracht hat. Wir fordern deshalb eine demokratische und von gegenseitigem Respekt geprägte Führungskultur bei der Polizei. Zudem müssen Polizei und Justizvollzug auch personell in die Lage
50 versetzt werden ihren Aufgaben im Interesse der Sicherheit des Einzelnen wahrnehmen zu können. Wir wollen eine Sicherheitspolitik für alle gewährleisten und nicht nur für diejenigen, die sich Sicherheit leisten können.

3. Rechtsstaat konkret

55 Wir fordern die Erhaltung der wohnortnahen Gerichtsstandorte um den Rechtsgewährungsanspruch zu erfüllen. Wir wollen einen erleichterten Zugang zur Justiz. Dazu gehört die Beibehaltung der kleinen Amtsgerichte. Wir sprechen uns dabei im Interesse der
60 Qualitätssicherung für den Erhalt von Fachgerichtsbarkeiten aus. Die Geltendmachung von Rechten und Ansprüchen muss in erster Linie durch eine qualitativ hochwertige und für alle gleichermaßen zugängliche Rechtsprechung erfolgen und nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

65 Zu einem funktionierenden Rechtsstaat gehört aber auch, dass die staatlichen Repräsentanten und Institutionen integer erscheinen. Wir fordern die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze. Das gilt insbesondere bei der Steuerfahndung und der Polizei. Das betrifft
70 aber ebenso die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze bei der Auftragsvergabe.

4. Datenschutz

75 Der SPD ist es gelungen, den Datenschutz in Hessen durch ein eigenes Gesetz grundlegend umzugestalten. Der private und öffentliche Datenschutz werden zum 1. Juli 2011 zusammengelegt und gestärkt. Wir fordern nun eine starke inhaltliche Befassung mit dem Datenschutz.

80 Wir wollen, dass den Schülerinnen und Schülern in der Schule eine hinreichende Medienkompetenz vermittelt wird. Die neuen Medien und der Umgang insbesondere mit den Sozialen Netzwerken erfordert eine besondere Kompetenz in diesem Bereich. Die
85 Lehrerfortbildung gilt es in diesem Bereich zu verstärken.

Der Datenschutzrecht muss im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verstärkt werden. Das gilt gegenüber dem Staat (z.B. Verhinderung von Datenweitergabe durch Meldebehörden), gegenüber
90 wirtschaftlichen Interessen und Arbeitgebern, aber auch im zwischenmenschlichen Bereich, wie die aktuelle Diskussionen um Soziale Netzwerke, Internetplattformen oder die Möglichkeit der

95 privaten Überwachung durch Handyortungen zeigen. Wir wollen einen Ethikrat, der den Umgang mit Neuen Medien gesellschaftlich aufarbeitet.

5. Ehrenamt stärken

100 Wir möchten das Ehrenamt durch ein umfangreiches Ehrenamtsgesetz stärken um die Arbeit vor Ort zu erleichtern, aber auch um Teilhabe zu gewähren. Wir wollen bei der Stärkung des Ehrenamtes insbesondere die folgenden Grundsätze beachten: die Unterstützung kontinuierlicher Arbeit, die Verbindlichkeit und
105 Verlässlichkeit in den Maßnahmen und Forderungen, die Regionalisierung der Aktivitäten, die Berücksichtigung der neuen Motivlage insbesondere junger Menschen und die Beachtung der demographischen Veränderungen insbesondere auch im Hinblick auf Menschen mit Migrationshintergrund. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit erleichtern, in dem wir bürokratische
110 Hindernisse abbauen und Beteiligungsrechte stärken. Das umfasst das gesamte Gesellschaftsleben. Von der Stärkung der Rechte der Elternbeiräte an Schulen bis hin zu einer Anerkennungsprämie o.ä. bei der freiwilligen Feuerwehr.

115 6. Freiheit im Internet gewährleisten

Im Zuge der Diskussion um den Jugendmedienschutz haben wir stets für die Position einer freiheitlichen Organisation des Internets geworben. Die Freiheit im Internet spricht insbesondere junge
120 Menschen in einer sehr elementaren Weise an. Zur Freiheit im Internet gehört auch eine gesetzlich orientierte Netzneutralität.

Wir lehnen Netzsperrern im Internet ab. Die Eigenregulierung im Netz muss gestärkt werden und die Freiheit des Netzes in den
125 Vordergrund gestellt werden. Wir fordern aber bei Missbrauch eine Löschung der entsprechenden verfassungswidrigen Internetseiten. Erforderlich ist vor allem eine bessere personelle und technische Ausstattung der Ermittlungsbehörden.

130 Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 6.5:
WIEDER MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Antragsbereich K/ Antrag 3

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen

Rassismus und Rechtsextremismus hat in einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft keinen Platz. Aus diesem Grund stellen wir folgende Forderungen:

- 5 - Unterstützung der Initiativen gegen Rechts (z. B. Aufklärungsarbeit an Schulen)

durch finanzielle Hilfen und Streichen der Extremismusklausel im Bundesprogramm

10

„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“

- Abschalten der V-Leute aus der NPD

15

- Verbot der NPD

Empfehlung der Antragskommission:

- 20 Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 6.4.;
Abschnitt GEGEN RECHTSEXTREMISMUS INITIATIV WERDEN

Antragsbereich K/ Antrag 4

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

42-Stunden-Woche in Hessen abschaffen

Die wöchentliche Regelarbeitszeit von hessischen BeamtInnen soll

bei ohne Gehaltskürzung von 42 auf 40 Stunden reduziert werden.

Begründung:

5

In der Regel liegt die Arbeitszeit der BeamtInnen in den Bundesländern und des Bundes bei 40 Wochenstunden. Einzig die hessischen BeamtInnen bilden eine Ausnahme mit der 42-Stunden-Woche. Die schwarz-gelbe Landesregierung bezweckt mit dieser

10 Regelung, massiv Stellen einzusparen und Arbeitsplätze zu vernichten.

Empfehlung der Antragskommission:

15

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 2.1, Abschnitt ZEITGEMÄSSES DIENSTRECHT VERWIRKLICHEN

Antragsbereich K/ Antrag 5

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landesparteitag Hessen

SPD-Landtagsfraktion

Abschaffung des Verfassungsschutzes

Die SPD stellt fest, dass das Bundesamt- und ein Großteil der Landesämter für Verfassungsschutz, insbesondere in der Frage des Rechten-Terrors in Deutschland, versagt haben.

5

Daher bedarf es einer umfassenden Neustrukturierung. Die parlamentarischen Kontrollrechte sind auszuweiten und es ist zu prüfen, ob operative Maßnahmen zukünftig einer richterlichen Genehmigung bedürfen.

10

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kapitel 6.4: Abschnitt VERFASSUNGSSCHUTZ DEMOKRATISCH GESTALTEN

Antragsbereich K/ Antrag 6

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesparteitag Hessen

Neuregelung der Pensionsansprüche von Bundespräsidenten/Bundespräsidentinnen

Die hessische SPD unterstützt die Bestrebungen innerhalb der Bundes-SPD zur Neuregelung der Pensionsansprüche von Bundespräsidenten/Bundespräsidentinnen und der damit verbundenen Abschaffung des sogenannten "Ehrensoldes" (Änderung der Beamtenversorgungszuständigkeitsanordnung).

Eine Neuregelung sollte beinhalten, dass ein Rücktritt aus persönlichen Gründen nicht automatisch zum Bezug der Pension sowie Nebenleistungen führt. Für Zeiten, in denen staatsanwaltliche Ermittlungen stattfinden, soll jegliche Art von Leistungen ausgesetzt werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion nach Streichung des letzten Satzes.

Antragsbereich K/ Antrag 7

Antragsteller: Unterbezirk Rheingau-Taunus
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
SPD-Landesverband Hessen
SPD-Parteivorstand

Reform des Verfassungsschutz

Die SPD ist entsetzt über die aus rechtsextremistisch motivierten Hintergründen erfolgten Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Diese Gräueltaten stehen aber nicht alleine,

5 sondern sind Bestandteil rechtsextremistischer Bestrebungen,
denen sich unser Staat, denen sich aber auch die Sozialdemokraten
entschieden entgegen stellen müssen.

10 Im Rahmen der Verbrechen der NSU hat der Verfassungsschutz in
Bund und Ländern, dessen zentrale Aufgabe die Überwachung von
Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung
der Bundesrepublik Deutschland ist, versagt und es wurde
15 dringender Reformbedarf offensichtlich, der sich womöglich auch
noch an anderer Stelle offenbart und derzeit noch gar nicht der
Öffentlichkeit bekannt ist. Nichtsdestotrotz bleibt der Schutz der
Grundwerte unserer Verfassung aber notwendig, vielleicht sogar
dringend notwendiger denn je. Anstelle der jüngst immer wieder
erhobenen und zu kurz greifenden Forderung nach einer
20 ersatzlosen Abschaffung des Verfassungsschutzes fordern wir eine
grundlegende Reform des Verfassungsschutzes auf Bundes- und
Länderebene.

Gleichwohl lässt sich das „rechte Problem“ nicht nur durch eine
Reform des Verfassungsschutzes lösen, sondern bedarf eines
25 umfassenden Ansatzes im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die
Zahl der bekennenden und bekannten Neonazis hat sich laut
Verfassungsschutzbericht in den letzten zehn Jahren verdoppelt,
die Dunkelziffer dürfte noch weitaus höher sein. Die NPD sitzt
heute in zwei Landtagen und hat bundesweit rund 330
Kommunalmandate. Außerdem nimmt die Zahl der rechtsradikal
30 geprägten Jugendlichen zu. Das Potential gewaltbereiter
Rechtsextremisten wird auf knapp 10.000 geschätzt. So ist auch die
Zahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten im Jahr 2010
wieder über 15.000 gestiegen, darunter 762 Gewalttaten.

35 Handlungsbedarf besteht also nach wie vor bzw. mehr denn je.
Deshalb fordern wir:

Aufklärung

40 Die NSU-Morde und in diesem Zusammenhang die Rolle des
Verfassungsschutzes, Polizei und Justiz müssen lückenlos
aufgeklärt werden. Deshalb begrüßen wir den eingerichteten
Untersuchungsausschuss, um die Aufklärungsarbeit auch unter
parlamentarische Kontrolle zu stellen. Wir wollen wissen, welche V-
45 Leute welche Geld- und/oder Sachleistungen erhalten haben und
welche Gegenleistung sie dafür erbracht haben. Zukünftig soll dies
den zuständigen parlamentarischen Gremien dokumentiert
werden.

50 Effizienter Verfassungsschutz

Die Zusammenarbeit der 16 Landesverfassungsschutzämter und des
Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) hat sich nicht bewährt
und wird in seiner jetzigen Struktur den aktuellen

55 Sicherheitserfordernissen und Aufgabenstellungen eines
innerdeutschen Nachrichtendienstes nicht gerecht. Wir fordern
eine Überarbeitung der jetzigen Strukturen hin zu einem insgesamt
effizienteren Verfassungsschutz. Dies kann nach kritischer Prüfung
60 und Abwägung von Vor- und Nachteilen die Zentralisierung von
regionalen Zuständigkeiten oder die verstärkte Effizienz und
Kooperation der aktuell dezentralen Strukturen bedeuten.

In diesem Zusammenhang soll auch die Zusammenlegung von
weiteren Sicherheitsbehörden (Zoll, Bundeskriminalamt,
65 Bundespolizei,...) geprüft, zumindest aber deren Zusammenarbeit
ausgebaut werden, bspw. wie im Rahmen des geschaffenen
„Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus“.

Mit der Bündelung von Kompetenzen im Bereich der
70 Gefahrenabwehr „zum Schutz der Demokratie“ kann leicht eine
Erosion demokratischer Standards, namentlich der
Persönlichkeitsrechte der Staatsbürger auf informationelle
Selbstbestimmung und den Schutz der Privatsphäre einhergehen.
Die Zentralisierung von Zuständigkeiten auf der Bundesebene und
75 in einzelnen Institutionen bedarf daher immer der genauen und
regelmäßigen Überprüfung dahingehend, ob die
Verfassungsschützer nicht selbst zur Bedrohung für demokratische
und rechtsstaatliche Normen werden. Deshalb begrüßen wir eine
Professionalisierung und Verstetigung des Informationsaustauschs
80 zwischen verschiedenen Behörden und Institutionen und ziehen
diese einer Zusammenlegung auf Bundesebene vor.

Die SPD bekennt sich dabei aber zur grundsätzlichen Trennung von
Geheimdiensten und Polizei, sowie deren historischer Begründung.
85 Angesichts dessen ist die Ausstattung der Polizei mit zunehmend
nachrichtendienstlichen Kompetenzen abzulehnen.

Eine wirksame Kontrolle des laufenden Geheimdienstbetriebes
muss neben der selbstverständlichen Pflicht zur Verschwiegenheit
90 bei legalen Geheimoperationen auch die Ausstattung der
Kontrollkommission(en) mit ausreichend personellen und
technischen Mitteln, deren gesetzlich gesicherte Unabhängigkeit,
sowie ausschließliche Bindung an die Gesetze und umfangreiche,
ggf. ausgeweitete Kontrollrechte umfassen.

95 Zur Informationsgewinnung in der rechtsextremen Szene sollen
keine V-Leute mehr entlohnt werden. Bei diesen handelt es sich
mitnichten um „Agenten der Demokratie“, die in rechtsextreme
Strukturen eingeschleust werden, sondern um schnöde Nazis, die
100 für ihre Indiskretion mit Steuergeldern belohnt werden. Dass diese
„Informationen“ untauglich sind für Ermittlungen hat sich jüngst
im Rahmen der Nazimordserie des „NSU“ gezeigt. Zudem sind „V-
Leute“ ein Hindernis für ein neues, notwendiges Verbotverfahren
gegen die NDP.

105

Als Alternative zur Informationsgewinnung erachten wir den im Einzelfall zu prüfenden Einsatz verdeckter Ermittler in der rechten Szene für sinnvoll. Damit ist auch die Validität der Informationen angesichts der verlässlicheren Quelle gesichert.

110

Zivilgesellschaftliches Engagement

Die „Extremismusklausel“ für Initiativen gegen Rechtsextremismus muss schnellst möglich abgeschafft werden. In den Augen der Jusos ist es empörend, dass der Staat auf diese Weise der zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus mit Misstrauen begegnet, anstatt dieses uneingeschränkt zu unterstützen.

120 Die Extremismus-Theorie wird häufig angewendet, um „Links- und Rechtsextremisten“ auf eine Stufe zu stellen, nämlich auf die der Verfassungsfeindlichkeit und damit verbunden auch gleichzeitig Gewaltbereitschaft. Damit wird unserer Meinung nach den qualitativen Unterschieden zu wenig Rechnung getragen, zu wenig differenziert und werden linke und antifaschistische Aktivitäten zu leicht/schnell kriminalisiert. Das Gewaltpotential bestimmter sich selbst als „links“ ansehender Gruppierungen ist mit Sicherheit nicht zu verharmlosen, sondern abzulehnen. Wir lehnen Gewalt gegen PolizistInnen, Gewalt gegen Sachen und auch Gewalt gegen Nazis in aller Deutlichkeit ab.

Wir verurteilen jegliche Bespitzelungsaktionen gegen Akteure zivilgesellschaftlichen Engagements wie im Rahmen von „Dresen 2011“ durch das Abhören von Telefonaten geschehen.

135

Die Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus müssen auf allen Ebenen – von der Bundes- und Landesebene bis hinunter in die Kommunen – kurzfristig erhalten und mittelfristig ausgebaut werden.

140

Gleiches gilt für finanzielle Mittel der Kommunen in den Bereichen Kultur, Sport, Medien, Politische Bildung, Jugendarbeit, Soziales und ähnlichem.

145 Rassismus und Rechtsextremismus beim Namen nennen

Wir wollen eine klare Abkehr von Feindbildern wie „Muslime“ und „Fremden“. Der Rassismus als solches muss als Problem erkannt werden. Dabei hilft es auch nicht, Sonderkommissionen „Aladin“ oder „Bosporus“ zu nennen und „Döner-Morde“ aufklären zu lassen.

150

NPD verbieten

Wir fordern die zügige Wiederaufnahme eines NPD-Verbotsverfahrens, ggf. auch unter Abzug der V-Leute.

155

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Handeln der Landtagsfraktion

Antragsbereich K/ Antrag 8

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Anti-Mobbing-Gesetz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die hessische SPD wird sich dafür einsetzen, dass Mobbing als eigener Straftatbestand anerkannt und auf Bundesebene ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wird. Mobbing am Arbeitsplatz, aber auch im Alltag, ist ein zu bedeutendes gesellschaftliches Problem um mit dem Verweis auf bestehende Anlaufstellen dieses Vorhaben zu blockieren.

10 **Begründung:**

Diversen Studien zufolge ist eine siebenstellige Zahl an Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland von Mobbing am Arbeitsplatz betroffen; dass die Anzahl derer, denen dies im Alltag wiederfährt, noch deutlich höher liegt, dürfte offensichtlich sein. Obwohl Mobbing zweifellos eine Verletzung des grundrechtlich verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrechts darstellt, gibt es in Deutschland kein Anti-Mobbing-Gesetz. Von den damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen ganz abgesehen, muss sich die SPD als Partei des sozialen Zusammenhalts verstehen und darf bei derartigen Problemen selbstverständlich nicht zuschauen. Die unter Mobbing erfassten verbalen und teilweise auch körperlichen Angriffe können als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachtet werden, hinsichtlich dessen dringender Handlungsbedarf besteht, denn niemand soll sozial ins Abseits gedrängt werden. Für dieses Bestreben darf es allerdings nicht nur bei nett formulierten Absichtserklärungen bleiben. Bisherige Initiativen, unter anderem durch Petitionen an den Bundestag, wurden mit Verweis auf bestehende Präventionsmaßnahmen, Anlauf- und Beschwerdestellen sowie die Tatsache, dass Mobbing arbeitsrechtlich bereits verboten sei – durch die Grundrechte, was uns zu vage ist –, abgelehnt. Die Relevanz für eine eigene rechtliche Klärung und ein entsprechendes Gesetz ist jedoch zweifellos

35 gegeben, mit leider sogar stark steigender Tendenz, Stichwort Cybermobbing.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen innerhalb der SPD (ASJ)

L. Kultur-, Medien- und Netzpolitik

Antragsbereich L/ Antrag 1

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Landtagsfraktion

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

1. Der Parteitag konstatiert, dass die Anforderungen an digitale Datenübertragungsnetze stetig steigen. Mit der andauernden Weiterentwicklung verfügbarer Anwendungstechnologien sind daher sowohl private- als auch gewerbliche Nutzer auf eine leistungsfähige Breitbandkommunikation angewiesen. Während in Großstädten Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 50-MBit/s zur Verfügung stehen sind in ländlichen Gebieten nicht einmal 1 MBit/s- Leitungen flächendeckend verfügbar.
2. Der Parteitag kritisiert die mangelnde Förderung einer flächendeckenden Breitbandversorgung, insbesondere, dass im Rahmen des Konjunkturpaketes II keine Mittel herangezogen werden konnten.
3. Der Parteitag unterstützt staatliche Investitions- und Subventionsmodelle zur Förderung einer flächendeckenden Breitbandversorgung mit hohen Übertragungsgeschwindigkeiten.
4. Der Parteitag stellt fest, dass eine flächendeckende Breitbandversorgung nur durch eine Verlegung von Glasfaserkabeln erreicht werden kann. Bestehende Versorgungslücken können zur Überbrückung durch Funklösungen (Satellitenkommunikation, Mobilfunknetze u. ä.) überbrückt werden.
5. Der Parteitag setzt sich bei Landesregierung, Bund und Europäischer Union für Förderrichtlinien zur Gewährleistung von Zuschüssen zur Schließung von Investitionslücken sowie die Möglichkeit der Gewährung von Bürgschaften für Kommunalinvestitionen ein.
6. Der Parteitag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei Kanal- und Rohrarbeiten Leerrohre mit verlegt werden können, um eine Verlegung von Glasfaserkabeln mit geringerem Kostenaufwand zu ermöglichen.
7. Der Parteitag befürwortet eine Offenlegung der Infrastruktur der Netzbetreiber und einen effizienten und kostengünstigen Ausbau des Glasfasernetzes zu ermöglichen. Die damit erzielte Transparenz eignet sich außerdem für eine Intensivierung des Wettbewerbs.

40 Empfehlung der Antragskommission:

Antragsbereich L/ Antrag 2

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Landesparteitag Hessen

Für ein barrierefreies Netz!

Moderne Kommunikationsinstrumente und vor allem das Internet sind aus unserem Alltag kaum noch weg zu denken und deren Nutzung wird in vielen Angelegenheiten (Informationsrecherche, berufliche Anforderungen) als selbstverständlich angesehen.

5

Digitale Teilhabe ist somit zu einer wesentlichen Dimension von Chancengleichheit geworden. Die digitale Spaltung in Abgehängte und kompetente Nutzerinnen und Nutzer gilt es somit nicht nur hinsichtlich des technischen Zugangs zum Netz, sondern auch in der Nutzung des Netzes zu überwinden. Daher fordern wir endlich ein barrierefreies Netz zu realisieren, welches von allen Nutzerinnen und Nutzern, unabhängig von deren körperlichen, sozialen oder technischen Möglichkeiten uneingeschränkt (barrierefrei) genutzt werden kann:

10

15

Wir fordern daher:

20

- Die Anpassung der Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung (BITV) an den WCAG 2.0 Standard.

25

- Die Ausweitung der BITV mit einer Verpflichtungsbestimmung auf die Einrichtungen und Körperschaften der Länder.

30

- Menschen mit Behinderungen sind aktive Netz-User. Ihre besonderen Anwendungsbedürfnisse gilt es mindestens anhand von Selbstverpflichtungsvereinbarungen auch in der Privatwirtschaft zu befriedigen. Der WCAG 2.0 Standard muss eine tatsächliche, allumfassende Berücksichtigung finden.

- Eine Prüfung, inwiefern Software-Hersteller verpflichtet werden können, in ihren Anwendungen (z.B. Webbrowser) einen Schutz vor barrierefördernden Web-Inhalten (z.B.

- 35 durch Blockieren) einzubauen. Ein breites Schulungsangebot für Webautorinnen und Webautoren in öffentlichen Einrichtungen in Bezug auf die barrierefreie Gestaltung von Web-Angeboten soll etabliert werden.
- 40
- Betreiber von Web-Diensten wollen wir dazu verpflichten, alle ihre Web-Angebote nach Maßgabe der BITV umzusetzen.
- 45
- Förderung von entsprechenden FuE-Projekten (Forschung und Entwicklung), die sich mit einem barrierefreien Netz auseinandersetzen.
- 50
- Die Prämierung, Popularisierung und Förderung von besonders gelungenen und fortschrittlichen barrierefreien Web-Angeboten.
- 55
- Web-Angebote, insbesondere von Behörden öffentlichen Rechts, sollen multilingual angeboten werden. Menschen nichtdeutscher Herkunft (politische Flüchtlinge, EU-Ausländer) müssen Onlinedienste verstehen können.
- 60
- Menschen, die nicht mit den Möglichkeiten und Methoden moderner Kommunikation aufgewachsen sind, – oftmals Rentnerinnen und Rentner, sozial benachteiligte Schichten, Migrantinnen und Migranten – muss das Netz anhand von Kursangeboten und Informationskampagnen zugänglicher gemacht werden.

Begründung:

65 Unter Barrierefreies Internet versteht man Web-Angebote, die von allen Nutzern unabhängig von körperlichen oder technischen Möglichkeiten uneingeschränkt (barrierefrei) genutzt werden können.

70

Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung:

Menschen mit Behinderungen nutzen überdurchschnittlich häufig das Web!!!

75

- Blinde und sehbehinderte Nutzer lassen sich Webseiten per Software vorlesen oder in Braille-Schrift ausgeben
- gehörlose oder schwerhörige Menschen, deren erste Sprache Gebärdensprache ist, benötigen auf sie zugeschnittene, besondere Darstellungsformen
- übersichtliche Präsentation der Inhalte
- in leicht verständlicher Sprache bzw. dem Thema angemessene Anforderungen an Bildung, Ausbildung und intellektuelles Niveau voraussetzen. (Besonders bei

85

öffentlich rechtlichen Webangeboten)

Technische Barrierefreiheit

- 90
- behindertengerecht bezeichnet nur einen Teilaspekt
 - technische Barrierefreiheit: nichtbehinderten Nutzern soll nicht die Pflicht auferlegt werden, beim Abruf von Internet-Angeboten genau dieselbe Hard- bzw. Softwarekonfiguration zu verwenden wie der Urheber des
- 95
- Angebots:
- Unabhängig vom darstellenden Gerät (nutzbar mit Bildschirmen beliebigen Formats, PDAs, Handys u.ä.)
- 100
- unabhängig vom verwendeten Betriebssystem und von der Software

Soziale und sprachliche Barrieren im Internet

- 105
- Web-Angebote, insbesondere von Behörden öffentlichen Rechts, sollten multilingual angeboten werden. Menschen nichtdeutscher Herkunft (politische Flüchtlinge, EU-Ausländer) müssen Onlinedienste verstehen können.
- 110
- Menschen, die nicht mit den Möglichkeiten und Methoden moderner Kommunikation aufgewachsen sind, – Rentner, sozial benachteiligte Schichten, Migrantinnen und Migranten – muss das Netz zugänglicher gemacht werden
- 115
- Richtlinien zur Barrierefreiheit im Web International

- Die Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) sind eine Empfehlung der Web Accessibility Initiative (WAI) des World Wide Web Consortium (W3C) zur barrierefreien Gestaltung der Inhalte
- 120
- von Internetangeboten (siehe <http://www.w3.org/Translations/WCAG20-de/>)

- Die WCAG stehen im Zentrum zahlreicher Richtlinien und Spezifikationen, die die WAI zur Förderung eines barrierefreien Internets erarbeitet hat.
- 125

Deutschland

- Im Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) hat der
- 130
- Bund Regeln zur Herstellung von Barrierefreiheit in der Informationstechnik für seine Verwaltung gesetzt. Damit ist die Bundesverwaltung verpflichtet, ihre öffentlich zugänglichen Internet- und Intranet-Angebote grundsätzlich barrierefrei zu gestalten. Die Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV)
- 135
- regelt die Maßgaben hierfür. Die BITV basiert aber nur auf der

Version 1.0 der WCAG.

140 Grundsätzlich richtet sich die BITV nur an Einrichtungen des öffentlichen Rechts, die dem Bund untergeordnet sind. Einrichtungen und Körperschaften der Länder werden über eigene Landes-Gleichstellungsgesetze erfasst.

Richtlinien für barrierefreie Webinhalte (WCAG) 2.0

145 Teilt sich in die vier Prinzipien Wahrnehmbarkeit, Bedienbarkeit, Verständlichkeit, Robustheit auf:

1) Wahrnehmbar

150 1. Stellen Sie Textalternativen für alle Nicht-Text-Inhalte zur Verfügung, so dass diese in andere vom Benutzer benötigte Formen geändert werden können, wie zum Beispiel Großschrift, Braille, Symbole oder einfachere Sprache.

155 2. Stellen Sie Alternativen für zeitbasierte Medien zur Verfügung.

3. Erstellen Sie Inhalte, die auf verschiedene Arten dargestellt werden können (zum Beispiel mit einfacherem Layout), ohne dass 160 Informationen oder Strukturen verloren gehen.

4. Machen Sie es für den Benutzer leichter, Inhalte zu sehen und zu hören, einschließlich der Trennung zwischen Vordergrund und Hintergrund.

165 2) Bedienbar

1. Sorgen Sie dafür, dass alle Funktionalitäten von der Tastatur aus verfügbar sind.

170 2. Geben Sie den Benutzern ausreichend Zeit, Inhalte zu lesen und zu benutzen.

175 3. Gestalten Sie Inhalte nicht auf Arten, von denen bekannt ist, dass sie zu Anfällen führen.

4. Stellen Sie Mittel zur Verfügung, um Benutzer dabei zu unterstützen zu navigieren, Inhalte zu finden und zu bestimmen, wo sie sich befinden.

180 3) Verständlich

1. Machen Sie Textinhalte lesbar und verständlich.

185 2. Sorgen Sie dafür, dass Webseiten vorhersehbar aussehen und funktionieren.

3. Helfen Sie den Benutzern dabei, Fehler zu vermeiden und zu korrigieren.

190

4) Robust

1. Maximieren Sie die Kompatibilität mit aktuellen und zukünftigen Benutzeragenten, einschließlich assistierender Techniken.

195

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kap. 9.2, Abschnitt NETZINHALTE UNEINGESCHRÄNKT NUTZEN

Antragsbereich L/ Antrag 3

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landesparteitag Hessen

Ausbau der Hochgeschwindigkeits Telekommunikationsnetze - Netzpläne privater Betreiber in die öffentlich Hand!

Jeder Bundesbürger soll ein Recht auf einen schnellen Internetzugang haben. Dazu sollen wie im Energiewirtschaftsgesetz 4, § 36 „Grundversorgungspflicht“ beschrieben, Netzbetreiber für Telekommunikationsnetze dazu verpflichtet werden, eine
5 Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitsinternetverbindungen flächendeckend für jeden Haushalt in Deutschland zu gewährleisten. Folgende technische Möglichkeiten wären denkbar: Kabel (z. B. Telefonkabel aus Kupfer), Funk (z. B. Mobilfunk oder auch Amateurfunk), optische Einrichtungen (z. B. Telefonleitungen
10 aus Glasfaser, sog. OPAL-Netze), Satellitennetze, feste und mobile terrestrische Netze, Stromleitungssysteme (sofern geeignet), Hörfunk- und Fernsehnetze oder Kabelfernsehnetze.

Sofern sich private Telekommunikationsunternehmen nicht zum
15 benötigten Ausbau verpflichten lassen (rechtliche Rahmenbedingungen...), muss darauf hingewirkt werden, dass diese zumindest ihr Wissen preisgeben. Oftmals haben die Kommunen keinen Überblick über das verfügbare Netz in ihrem Einzugsbereich. Die TK-Unternehmen müssen, wenn sie selbst den
20 Ausbau nicht sicherstellen, die öffentliche Hand bei der Umsetzung solcher Netze unterstützen. Mit den von den privaten Unternehmen bereit gestellten Netzplänen sollten die kommunalen

Versorgungsunternehmen (z.B. Stadtwerke), in die Lage versetzt werden, die flächendeckende Breitbandversorgung umzusetzen.
25 Dabei müssen sie auch finanziell von der Bundesregierung unterstützt werden, die den dringend notwendigen Ausbau im ländlichen Raum lange vor sich her geschoben hat. Gerade der größte Netzanbieter in Deutschland, die Deutsche Telekom, ein Unternehmen aus ehemals öffentlicher Hand, das früher mit Steuergeldern die TK-Netze ausgebaut hat, sollte verpflichtet werden, ihre Netzpläne offen zu legen.
30

Die Kommunen oder kommunale Genossenschaften müssen auch finanziell dazu befähigt werden, die TK-Netze in Eigenregie weiter auszubauen. Durch die Bereitstellung kostenfreier Darlehen durch die Bundesregierung können die Kommunen schon kurz nach dem Aufbau der Netze Wertschöpfung aus dem neuen Angebot ziehen.
35

Begründung:

40 Der Ausbau des sogenannten Next Generation Access (NGA), den Hochgeschwindigkeits-Telekommunikations- (TK) Netzen, läuft in Deutschland schleppend voran. Die Lippenbekenntnisse von Angela Merkel und der Bundesregierung auf dem vierten IT Gipfel im Jahr
45 2009 und in ihrer Breitbandstrategie zu einem „leistungsfähigen Breitbandanschluss“ (mindestens 128 kBit/s in beide Richtungen) bis 2010 für alle Bundesbürger sind eben nur Lippenbekenntnisse geblieben.

50 Im Vergleich mit anderen Ländern wie den USA ist der Ausbau der NGA in Deutschland weit unter deren Niveau.

Auf Druck des Koalitionspartners FDP kam es zu keiner Verpflichtung der TK-Netzanbieter zu einer flächendeckenden Grundversorgung mit schnellem Internet. Auch die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.
55

60 Leidtragende sind ländliche Regionen mit wenig Einwohnern und kleinere Kommunen.

Denn die Netzbetreiber sind profitorientiert. Die Deutsche Telekom und ihre Tochtergesellschaften haben offiziell den Regelausbau in der Sparte Festnetz beendet. Gleiches gilt auch für Vodafone und andere.
65

Entgegen der Investitionsbereitschaft der Telekommunikationsnetzbetreiber steigt jedoch der Bedarf an schnellen Internetverbindungen in Stadt und Land.
70

Das Telefonnetz auf Kupferbasis ist den Anforderungen von heute und morgen nicht gewachsen. Neue Technologien sind notwendig

und deren Ausbau müsste jetzt stattfinden.

75

NGA sind heutzutage für Kommunen und Gemeinden ein klarer Standort-Vorteil. Schon lange sind nicht mehr nur Spezialfirmen, die direkt mit dem Internet ihr Geld verdienen (E-Business) auf hohe Up- und Download-Raten angewiesen. Zeitdruck, Globalisierung und die Verlagerung der „Business-to-consumer“ Kommunikation ins Internet machen eine Hochgeschwindigkeits-Internetverbindung zu einem harten Standort-Faktor, der über private Investitionen und Gewerbesteuer-Einnahmen in der eigenen Kommune entscheidet.

85

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Regierungsprogramm für Hessen, Kap. 2.3, Abschnitt
AUSBAU DES BREITBANDNETZES BESCHLEUNIGEN

M. Internationales

Antragsbereich M/ Antrag 1

Antragsteller: Unterbezirk Rheingau-Taunus
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
SPD-Landesverband Hessen
SPD-Parteivorstand

„Eine neue Weltordnung“: Land grabbing verhindern!

Die SPD spricht sich für eine Eindämmung des in jüngster Zeit verstärkt von wohlhabenden Staaten und Unternehmen betriebenen „Land grabbing“ in vor allem Entwicklungsländern aus. Das Land grabbing ist Folge komplexer geo- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen und gehört deshalb auf die
5 Agenda nationaler und internationaler Ebene. Wir fordern:

- Es muss ein international gültiger und anerkannter Rechtsrahmen für Landakquisition geschaffen werden. Entsprechende Verstöße müssen in der Folge justiziabel sein. Daraus müssen sich auch politische Leitlinien entwickeln, in denen Sozial- und Ökostandards die Sicherung von Landrechten festschreiben. Landrechte müssen registriert werden können und transparent einsehbar sein, um die Rechtssicherheit für Grundstückseigentümer zu erhöhen, z.B. durch Dorfkataster, Grundrechtsreformen etc.
10
- Regionale und nationale Initiativen zur Implementierung bzw. Reformierung von Landpolitiken wie die Ausarbeitung der „Umfassenden Leitlinien zur Bodenpolitik in Afrika“ der UN-Wirtschaftskommission für Afrika sind durch die Bundesregierung zu unterstützen. Auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss den Stellenwert der nachhaltigen Sicherung von Landrechten bzw. Umverteilung von Land im Sinne von benachteiligten nationalen Gruppierungen stärken.
15
20
- In nationalen wie internationalen Finanzinstitutionen, in denen die Bundesrepublik beteiligt ist, darf die Kreditvergabepolitik „Land grabbing“ keinen Vorschub leisten. Dies gilt auch für öffentliche und private Investitionen mit deutscher Beteiligung in Entwicklungsländern.
25
30
- Die Verwendung von Land zwecks Anbau von Agrarexportprodukten, insbesondere das jüngste Beispiel um den Agrartreibstoff E10, ist abzulehnen, hat aber mindestens die relevanten, o.g. Menschenrechtsnormen zu
35

40 beachten.

Begründung:

45 Während der Welternährungskrise der Jahre 2007 und 2008 sind die Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt in die Höhe geschneilt. Als eine Folge verstärkt sich in jüngster Zeit der Trend, dass Regierungen und Unternehmen reicher Ölförder-, Schwellen- und Industrieländer riesige Flächen fruchtbaren Ackerlandes in Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, aufkaufen oder pachten. 50 Es werden Nahrungsmittel für den Eigenbedarf oder Biospritpflanzen angebaut oder sogar nur mit Grund und Boden spekuliert, denn Privatinvestoren sehen im Aufkauf fruchtbaren Agrarlands auch eine neue Profitquelle.

55 Oftmals werden diese Landflächen von vermeintlichen Grundstückseigentümern (zum Beispiel korrupte Regime) vertrieben, die gar nicht im Besitz oder gar Eigentum dieses Landes sind bzw. sich dieses illegal angeeignet haben. Meist geschieht dies sogar noch im rechtlichen Graubereich oder ohne Einwendung der 60 internationalen Staatengemeinschaft – auf den Kosten der Schwächsten, nämlich der einheimischen Bevölkerung. Haben die Kolonialmächte früher Länder mit Waffengewalt erobert, geschieht es heute mit dem Scheckbuch.

65 Land grabbing vertreibt Kleinbauern und entzieht ihnen die einzige Ressource, die sie zum Überleben haben: Grund und Boden.

Dabei ist nicht jeder Erwerb von Grund und Boden in Entwicklungsländern durch ausländische Investoren schädlich, 70 natürlich gibt es durchaus sinnvolle, entwicklungspolitisch wertvolle Investitionen, durch die Arbeitsplätze gesichert und bei denen Sozial-, Umwelt und Menschenrechtsstandards eingehalten werden.

75 Die Politik ist gefordert, eine Bestandsaufnahme zu machen und gegenzusteuern und Regulierens.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Antragsbereich M/ Antrag 2

Antragsteller: Unterbezirk Wiesbaden
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Landesparteitag Hessen

Transparenz und parlamentarische Kontrolle für eine restriktive Rüstungsexportpolitik

1. Der Landesparteitag unterstützt die Beschlüsse des Parteivorstandes und des Bundesparteitages für eine wirksame Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle vom Dezember 2010 und 2011 sowie den Antrag der Bundestagsfraktion (Drucksache 17/5054) „Mit Transparenz und parlamentarischer Beteiligung gegen die Ausweitung von Rüstungsexporten“.

2. Die Zuständigkeit für die Rüstungsexportpolitik soll vom Wirtschaftsministerium zum Auswärtigen Amt übertragen werden.

3. Es soll ein parlamentarisches Kontrollgremium des Bundestages eingerichtet werden, wie es in anderen Ländern, z.B. Schweden, existiert. Ein Gremium, das zeitnah und aussagekräftig informiert und im Vorfeld anstehender Entscheidungen über Rüstungsexporte einbezogen wird.

4. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen die Bestimmungen des gemeinsamen Standpunktes für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern in ihre nationale Gesetzgebung überführen.

5. Der Bundesvorstand wird aufgefordert die Position der SPD-Beschlüsse und Anträge von 2010 und 2011 in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufnehmen. Die Bundestagsfraktion wird gebeten in der Regierungsverantwortung ihre eigene Praxis daran auszurichten.

Begründung

Der Landesparteitag unterstützt die Beschlüsse des Parteivorstandes und des Bundesparteitages für eine wirksame Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle vom Dezember 2010 und 2011 sowie den Antrag der Bundestagsfraktion (Drucksache 17/5054) „Mit Transparenz und parlamentarischer Beteiligung gegen die Ausweitung von Rüstungsexporten“, der allerdings im Juni 2011 von CSU/CDU und FDP im Deutschen Bundestag abgelehnt wurde.

Die SPD-Beschlüsse haben nichts an Aktualität verloren, im

40 Gegenteil.

Es muss darum gehen, durch eine stärkere parlamentarische Kontrolle und Beteiligung des Deutschen Bundestages sicher zu stellen, dass die Entscheidungen zu Waffen- und Rüstungsexporten
45 den geltenden restriktiven „Rüstungsexportrichtlinien“ entsprechen und jedem Bruch dieser Richtlinien entgegengewirkt wird. Die in der Regierungszeit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen „Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport“ legen fest, dass keine Waffen- und Rüstungsexporte in Spannungsgebiete
50 geliefert werden dürfen und dass Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich nicht erteilt werden dürfen in Länder, in denen die Menschenrechte systematisch verletzt werden und in denen derartige Waffen zur inneren Repression gebraucht werden könnten. Nur dies sichert die
55 wirkliche Einhaltung einer restriktiven Waffenexportpolitik und größere Sensibilität bei Dual-Use-Gütern.

Dabei sollte die Rüstungsexportpolitik aus der Rolle der Außenwirtschaftspolitik herausgenommen werden und zu einem
60 integralen Bestandteil von Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik werden. Die Zuständigkeit für diese Fragen sollte deshalb vom Wirtschaftsministerium zum Auswärtigen Amt wechseln.

Kontrolle braucht Transparenz: Die Entscheidungsfindung über Fragen der Waffen- und Rüstungsexportpolitik im Bundessicherheitsrat ist der einzige Bereich, in dem Regierungspolitik völlig außerhalb der Kontrollfunktion des Deutschen Bundestages stattfindet. Dies ist eines demokratischen
70 Staatswesens nicht würdig und ist wie bei jedem Mangel an Transparenz auch noch ein Hindernis bei der Bekämpfung von Korruption. Es sollte deshalb ein Parlamentarisches Kontrollgremium des Bundestages eingerichtet werden, wie es in anderen Ländern, z.B. Schweden, existiert. Ein Gremium, das
75 zeitnah und aussagekräftig informiert wird und im Vorfeld anstehender Entscheidungen über Rüstungsexporte einbezogen wird.

Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die EU-Mitgliedsstaaten die Bestimmungen des gemeinsamen Standpunktes für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern in ihre nationale Gesetzgebung überführen und somit Rechtsverbindlichkeit schaffen.
80

Die geplante Lieferung von 200 Kampfpanzern nach Saudi Arabien ist eins der schlimmsten jüngsten Beispiele dafür, dass Rüstungsexporte, die den von SPD und Bündnis 90/Die Grünen 1999 beschlossenen „Politischen Grundsätzen“ für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ widersprechen, in
90 dem gegenwärtigen intransparenten Verfahren dennoch

durchgesetzt werden. Ein autoritäres Land wie Saudi Arabien, das eine katastrophale Menschenrechtsbilanz aufweist und Kritik an Missständen und Defiziten der Regierung von Seiten der Bevölkerung untersagt, steht unter akutem Verdacht, erhaltene Rüstungs- und Waffenlieferungen gegen die eigene Bevölkerung oder, wie am Beispiel Bahrein deutlich wurde, gegen Menschen in den Nachbarländern einzusetzen. Eine solche Entscheidung wäre in einem transparenten Verfahren unter frühzeitiger Einbeziehung des Parlamentes schwer vorstellbar. Dies gilt auch für weitere, ähnliche Fälle.

Es ist völlig unakzeptabel, dass sich die Bundesregierung mit ihrem Verhalten der politischen Diskussion entzieht. Damit diskreditiert sie das Informationsrecht der Parlamentarier, das eine effektive Kontrolle des Regierungshandelns ermöglichen soll. Mit ihrem Abrücken von den restriktiven Rüstungsexportrichtlinien gibt die Bundesregierung den Lobbyinteressen der Rüstungsindustrie nach. Die Bundesregierung muss sich dem deutschen Parlament und der Öffentlichkeit stellen. Zumal sie auch das diskreditiert, was sie eine „wertgeleitete Außenpolitik“ nennt – mit gewaltigem Schaden für die deutsche Außenpolitik an sich.

Wir erwarten, dass die SPD in ihrem Wahlprogramm die Position der SPD-Beschlüsse und Anträge von 2010 und 2011 in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufnehmen wird und in der Regierungsverantwortung ihre eigene Praxis daran ausrichtet.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Antragsbereich M/ Antrag 3

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Fraktion im Europäischen Parlament

Für den Frieden und gegen Gewalt!

Der Landesparteitag möge beschliessen:

Die deutsche Volkswirtschaft ist traditionell eine exportorientierte. In vielen Bereichen sind deutsche Produkte weltweit stark nachgefragt. Mittlerweile gehören zu einer solchen Gruppe auch

Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland ist zum weltweit drittgrößten Exporteur von Rüstungs- und Kriegsgütern geworden. Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ein alarmierendes Zeichen, auch für den Wandel des außenpolitischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland.

War dieses Selbstverständnis nach den schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts von einer Zurückhaltung geprägt, hat es sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Teilung Deutschlands einem immer stärkeren Wandel unterzogen. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler spricht dabei auch von Deutschland als mittlerweile „selbstbewusster Mittelmacht“. Zwar mag Münklers Grundthese, nach der Deutschland seine Außenpolitik vor allem an den Prämissen eines soft-power-Ansatzes orientiert, trotz vieler internationaler militärischer Einsätze in den letzten Jahren und Jahrzehnten, immer noch zutreffend sein, doch zeigen gerade solche Einsätze auch, dass auch hier die deutsche Außenpolitik einen fortwährenden Wandel vollzieht.

Ausdruck dieses Wandels ist auch die zunehmende Zahl an Exporten von Waffen- und Kriegsgütern. Mischts Deutschland insofern zwar nicht immer als Akteur unmittelbar in (z.T. bewaffneten) Konflikten mit, so bezieht es durch das Exportieren von Waffen dennoch Positionen.

Wir als Jusos sind zudem sehr empört darüber, dass der neue bundesrepublikanische Ansatz in der Außenpolitik nicht mehr nur auf rein politischen Erwägungen beruht, sondern zunehmend vor allem auch wirtschaftliche Ziele im Mittelpunkt stehen. Die deutsche Volkswirtschaft im Gesamten profitiert von dem Export von Waffen und Kriegsgütern über Maßen. Wir als Jusos sehen es sehr kritisch, dass wir unseren Wohlstand zunehmend auch durch den Verkauf totbringender Waren erwirtschaften.

Wir Jusos stehen zu einer friedensicherenden und antimilitaristischen Außenpolitik. Unser außenpolitisches Mittel ist die Diplomatie und die Förderung von Frieden weltweit. Die Verschärfung von manifesten, oder auch latenten Konflikten durch die Lieferungen von Waffen in Krisenregionen ist daher aufs Schärfste zu verurteilen. Wir fordern daher als Sofortmaßnahme endlich mehr Transparenz und Kontrolle bei Waffenexporte. Diese müssen wir über eine ausgeweitete parlamentarische Beteiligung in der Frage von Exportentscheidungen sicherstellen. Der Deutsche Bundestag muss über die Entscheidung über die Auslieferung von Waffen stimmberechtigt eingebunden werden. Die Überwachung der deutschen Ausfuhrregelungen erachten wir zudem als unzureichend und fordern daher die Bundesregierung auf, die bisherigen Regelungen und den Endverbleib insbesondere von Kleinwaffen stärker zu überwachen. Darüber hinaus fordern wir als Jusos die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu auf, sich gemeinsam auf striktere Exportregelungen zu einigen. Die EU muss

ihrem Friedensversprechen nach Innen auch endlich sichtbar nach Außen gerecht werden! Den Schlüssel zu einer erfolgreichen und durchsetzungsfähigen exportbeschränkenden Politik im Bereich der
60 Waffenexporte, sehen wir Jusos in der Schaffung von Anreizen zur Konversion bestehender Rüstungsproduktion auf zivile Güter. Hierzu sollten von staatlicher und europäischer Seite Anreizprogramme für die Wirtschaft initiiert werden, die sich zum Ziel setzen die in diesem Wirtschaftsbereich bestehenden
65 Beschäftigungsverhältnisse auch nach der Einführung von Exportbeschränkungen zu sichern.

Frieden ist ein Wert, der uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten besonders verpflichtet. Wir dürfen deshalb nicht
70 länger zusehen, wie sich reiche Industrienationen, wie Deutschland, mit dem Export von Kriegsgütern zu Lasten vieler krisenbetroffener Regionen und deren Menschen, die nicht in Frieden leben, bereichern.

75 Internationale Solidarität heißt, sich offensiv für den Frieden stark zu machen und entsprechend den Entwicklungen, die diesem Ziel entgegenstehen, entschieden entgegen zu treten!

Begründung:

80 Erfolgte mündlich.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch M2

Antragsbereich M/ Antrag 4

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Fraktion im Europäischen Parlament

Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die deutsche Entwicklungspolitik in der Kritik

5 Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit wird durch

eine große Anzahl von Akteuren beeinflusst. Zu diesen Akteuren zählen vor allem die internationalen Organisationen (Weltbank, IWF, die UN-Organisationen) aber auch die Entwicklungsorganisationen (z.B. Ministerien, 10 Durchführungsorganisationen) und Forschungseinrichtungen. Diese Vielzahl an Akteuren bestimmt, was als Entwicklung anzusehen ist und wie sie zu erreichen ist und sie gilt es entsprechend bei unserem entwicklungspolitischen Vorgehen zu berücksichtigen.

15 Das Signal und der Anspruch des Begriffswandels, von Entwicklungshilfe zu Entwicklungszusammenarbeit, ist, dass die Gleichwertigkeit der Geber- und Nehmerländer gegeben sein muss. Die Zeiten der Almosen von Nord nach Süd sind damit vorbei. Dieser 20 Paradigmenwechsel ist richtig und muss noch stärker in die Entwicklungszusammenarbeit und deren Wahrnehmung einbezogen werden.

25 Der Strategiewechsel in der deutschen Entwicklungspolitik unter dem Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), der dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als Fachminister vorsteht, wird von uns Jusos hingegen stark kritisiert. Ein Hauptkritikpunkt an Niebels Entwicklungspolitik bezieht sich dabei auf die starke 30 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Hilfsorganisationen (Terre des Hommes, Welthungerhilfe etc.) fürchten zu Recht, dass es primär um Wirtschaftsinteressen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geht. Diese Besorgnis wird durch die Tatsache verschärft, dass nicht nur die seit den 1990er Jahren 35 existierenden Privat-Public-Partnerships (PPP) verstärkt weitergeführt werden, sondern u.a. auch eine Servicestelle für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eingerichtet wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen nur dort Investitionen tätigen, wo eine ausgebaute Infrastruktur und Rechtssicherheit 40 besteht, liegt auf der Hand. Dies bedeutet aber schlichtweg, dass insbesondere fragile Staaten in Afrika selbst von solch einer Kooperation ausgeschlossen bleiben. Diese Entwicklung sehen wir kritisch. Die Unternehmen wollen in erster Linie Geld verdienen und Ressourcen sowie die Arbeitskräfte vor Ort ausbeuten. 45 Dementsprechend ist ihr Eigeninteresse kapitalistisch begründet und besteht nicht in der Förderung bzw. Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft. Perfide ist zudem die Begründung für vermehrte PPP-Förderung. So seien sie angeblich kostengünstiger und stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland global. So 50 brüstet sich der liberale Minister, dass auf jeden „investierten“ Euro 1,40€ nach Deutschland zurückfließen würde. Hier verkommt Entwicklungszusammenarbeit in bloßer Außenhandelsförderung. Ob die PPP-Förderung den Menschen vor Ort entsprechend wirklich hilft, bleibt dabei mehr als fraglich.

55 Deutlich wird zudem, dass die deutsche Entwicklungspolitik unter

- 60 Führung des FDP-Politikers Niebel sich vorwiegend auf einen Aspekt von nachhaltiger Entwicklung, nämlich der Wirtschaft, beschränkt und die anderen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung (Soziales, Ökologie) stark vernachlässigt. Folglich werden die Bereiche Soziales und Ökologie (Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung etc.) dem Wirtschaftsaspekt untergeordnet. Dementsprechend versagt Niebels Entwicklungspolitik vollkommen, wenn es darum geht, wirtschaftliche Entwicklung in Einklang mit Ressourcengerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit zu bringen. Vor allem unterschätzt diese Art der Entwicklungspolitik, welche entscheidende Rolle die Erzielung von sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Friedens hat.
- 70 Die Stärkung des Friedens durch Entwicklungszusammenarbeit wird zudem durch die stärkere Vernetzung von Militär und Entwicklungszusammenarbeit konterkariert. So fördert das Haus Niebel in einer seiner Förderlinien in Afghanistan nur NGOs, die auch zu einer Kooperation mit dem Militär bereit sind. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der kolumbianischen Regierung in der Region Macarena, die durch militärische Einsätze wieder das Gewaltmonopol über die Region erlangen möchte. Wir Jusos lehnen die Einmischung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in innerstaatliche Konflikte sowie die Unterstützung des Militärs durch die Entwicklungszusammenarbeit ab. Entwicklungszusammenarbeit hat den Anspruch die Welt gerechter zu machen und keine vermeindliche Entwicklung durch Waffengewalt herzustellen.
- 85 Die internationale Staatengemeinschaft hat sich darauf verständigt, dass die Industrieländer 0,7% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit jährlich zur Verfügung stellen sollen. Dieses Ziel soll bis 2015 erreicht werden. Doch sind wir hiervon derzeit weit entfernt. Momentan wendet Deutschland gerade einmal 0,4% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit auf. Wir fordern daher zudem schnellstmöglich die schrittweise Anhebung des Budgets, um das 0,7%-Ziel 2015 tatsächlich erreichen zu können. Diese Zielsetzung wird durch die kürzlich getroffenen Entscheidungen ad absurdum geführt. Statt einer graduellen Anhebung des BMZ-Etats wurde dieser weiter gekürzt. Der Bundestag beschloss Ende letzten Jahres gegen die Stimmen der SPD sowie anderer Oppositionsparteien die Kürzung des BMZ-Etats. Für das Haushaltsjahr 2013 verfügt das BMZ nun über knapp 6,3 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Kürzung des Etats um 87 Millionen Euro. Es ist für uns schlichtweg inakzeptabel, dass die Bundesregierung nicht bereit ist einen so geringen Anteil unseres jährlich erwirtschafteten Vermögens zur Verfügung zu stellen, um den Menschen in weniger entwickelten Ländern eine bessere Perspektive zu verschaffen. Die Erreichung des 0,7%-Ziels verkommt unter der schwarz-gelben Koalition somit zur Utopie. Unser Wohlstand bildet eine Pflicht zur Umverteilung,
- 105

sowohl national, wie auch international.

110 Unser Ansatz für eine gute Entwicklungszusammenarbeit muss
eine Weltgesellschaft sein, in der Hunger, Elend und Armut zur
Geschichtserzählung und nicht zur Gegenwartsbeschreibung
gehört. Den Wohlstand, den wenige Millionen Menschen auf der
115 Welt genießen und das Elend (Unterernährung & Hunger, Krieg &
Verfolgung, Krankheit oder Analphabetismus) in dem Milliarden
Menschen leben, verpflichtet uns als Jungsozialistinnen und
Jungsozialisten zu einem klaren Bekenntnis zur globalen
Umverteilung und zu einer nachhaltigen
Entwicklungszusammenarbeit.

120 Unser Ziel ist eine gerechtere Welt, in der sich alle auf Augenhöhe
begegnen und jeder Mensch die elementarsten Dinge zum Leben
vorfindet. In der Tradition eines internationalistischen
Richtungsverbandes fühlen wir uns als Jusos zur Solidarität mit den
125 Schwachen und Benachteiligten weltweit verpflichtet und kämpfen
hierfür auch bei uns vor Ort!

Begründung:

130 **Ausgangslage: Von Entwicklungshilfe zu
Entwicklungszusammenarbeit**

Der Entwicklungsbegriff befand bzw. befindet sich im Wandel, da
es sich hierbei nicht um einen allgemeingültigen Begriff handelt.
135 Vielmehr ist der Begriff Entwicklung abhängig von individuellen
und kollektiven Wertvorstellungen. In den 1950er und 1960er Jahren
basierten entwicklungspolitische Maßnahmen auf
modernisierungstheoretischen Annahmen. Alle unter der
Modernisierungstheorie subsumierten Theorien gehen von einer
140 nachholenden Entwicklung der Entwicklungsländer aus. Für die
Vertreterinnen und Vertreter der Modernisierungstheorien liegen
die Ursachen für Unterentwicklung in den endogenen Faktoren, d.h.
in den soziokulturellen Faktoren. Demzufolge kann
Unterentwicklung durch die Übernahme westlicher Wertemuster
145 und die Weltmarktintegration überwunden werden. Das Konzept
Entwicklung durch Wachstum war geprägt von der
modernisierungstheoretischen Prämisse, dass das erzielte
Wachstum auch die ärmsten Bevölkerungsteile eines Landes
erreichen bzw. zu ihnen durchsickern würde (Trickle-Down-Effekt).
150 Im Laufe der 1960er Jahre zeichnete sich ab, dass sich der erstrebte
Trickle-Down-Effekt nicht herausstellen würde.

In den 1960er Jahren und 1970er Jahren erhielten die
Dependenztheorien Einzug in die entwicklungspolitischen
155 Debatten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Dependenztheorien
sahen den Grund für Unterentwicklung erstrangig in den externen
Faktoren. Der Grund für die Unterentwicklung, lag für sie somit
nicht in den gesellschaftlichen Strukturen der Entwicklungsländer,

sondern vielmehr in der Integration der Entwicklungsländer
160 (Peripherie) in den von den Industrieländern (Zentrum) dominierten
Weltmarkt. Jedoch vermochten die Dependenztheorien nicht, einen
fundamentalen Wandel des Entwicklungsdiskurses herbeizuführen.
Auch wirtschaftliche Erfolge der ostasiatischen Länder, die den Weg
165 einer nachholenden Entwicklung durch eine weltmarktintegrative
Entwicklungsstrategie realisierten, riefen das Scheitern der
Dependenztheorien hervor.

Mit Beginn der Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre wurden die
Strukturanpassungsprogramme (SAPs) zum Leitbild der Weltbank-
170 Politik gegenüber ihren Kreditnehmerländern aus Afrika, Asien und
Lateinamerika. Die Weltbank und der Internationale
Währungsfonds (IWF) vollzogen mit den
Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) einen neoliberalen
Kurswechsel. Die internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank
175 und IWF) verbanden mit den SAPs das Ziel die Zahlungsfähigkeit
und die Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer
wiederherzustellen. Die Maßnahmen im Rahmen der SAPs waren
vor allem die Entstaatlichung der Wirtschaft,
Handelsliberalisierung, Währungsabwertung sowie die
180 Stabilisierung der Staatsfinanzen durch Entlassungen im
öffentlichen Dienst, Streichungen von Subventionen bei
Grundnahrungsmitteln und Einschnitte bei den Ausgaben für
Bildung und Gesundheit.

185 Die in den Folgejahren zunehmende Ressourcenknappheit, der
augenscheinliche Klimawandel, die Zunahme der
Naturkatastrophen aber auch die Ausbreitung der globalen Armut,
ließen eine verbesserte Kooperation der Industrie- und
Entwicklungsländern als Notwendigkeit erscheinen. Im Laufe der
190 Zeit hat eine Hinwendung zu einem ganzheitlicheren
Entwicklungsbegriff stattgefunden. Seit Ende der 1980er Jahren ist
das Konzept der nachhaltigen Entwicklung das
Entwicklungsparadigma der UN. Bei der nachhaltigen Entwicklung
handelt es sich um ein mehrdimensionales Entwicklungskonzept.
195 Dementsprechend werden nicht nur ökonomische Belange, sondern
auch ökologische (verantwortungsvolles Ressourcenmanagement)
und soziale Belange (Armutsbekämpfung) als bedeutend für die
Förderung von Entwicklungsprozessen gesehen. Darüber hinaus
entwickelte des Entwicklungsprogramm der UN (United Nations
200 Development Program, UNDP) in den 1990er Jahren den Human
Development Index (HDI). Anhand von den Indikatoren
Lebenserwartung, Alphabetisierungs- und Einschulungsrate und der
realen Kaufkraft, wird Entwicklung definiert. Mit dem
Nachhaltigkeitskonzept als auch dem Konzept der menschlichen
205 Entwicklung findet prinzipiell eine Abwendung von der einseitigen
Orientierung auf die Wirtschaftsleistungen statt. Mit den
Konzepten der nachhaltigen Entwicklung und der menschlichen
Entwicklung ist ebenfalls die Armutsbekämpfung in den
Mittelpunkt entwicklungspolitischer Debatten gerückt.

210 Insbesondere die Verabschiedung der
Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals,
MDGs) im Jahr 2000 zeigen die Fokussierung auf die Lösung
globaler Problemlagen, insbesondere der Reduzierung der Armut
weltweit, welche die Kooperation zwischen Industrie- und
215 Entwicklungsländern notwendig macht.

Die Hinwendung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit,
d.h. zu einem Partnerschaftsdiskurs, zwischen den Ländern des
globalen Nordens und des globalen Südens, wird vor allem durch
220 die Verabschiedung der Paris-Deklaration deutlich. Im Jahr 2005
verabschiedeten die Entwicklungsministerinnen und -minister der
Länder des globalen Nordens und des globalen Südens sowie die
Vertreterinnen und Vertreter der internationalen
Entwicklungsorganisationen in Paris die Pariser Erklärung über die
225 Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Eine zentrale
Forderung der Paris-Deklaration ist, dass sich die sogenannten
Industrie- und Entwicklungsländer auf gemeinsame Prinzipien und
Regeln der internationalen Entwicklungskooperation einigen, die
der Effektivität der internationalen Entwicklungszusammenarbeit
230 zuträglich sein sollen. Im Jahr 2008 fand erneut eine Konferenz zur
Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra statt, auf
der die Bedeutung der Menschenrechte, der
Geschlechtergerechtigkeit und des Umweltschutzes für eine
erfolgreiche EZ hingewiesen wurde. Im Jahr 2011 wurde auf einer
235 weiteren Konferenz zur Wirksamkeit der
Entwicklungszusammenarbeit in Busan (Südkorea) die
Notwendigkeit, eine globale Partnerschaft für Entwicklung zu
schaffen, betont.

240 Deutlich wird hieran, dass im Bereich der Entwicklungspolitik
offiziell die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den
Ländern des globalen Nordens und Südens eine prominente Rolle
einnimmt. Mittlerweile ist auch der Begriff der Entwicklungshilfe im
amtlichen Sprachgebrauch durch den Begriff der
245 Entwicklungszusammenarbeit ersetzt worden. Unter
Entwicklungshilfe wurden alle entwicklungsbezogene Leistungen
im Sinne von 75 finanzieller Hilfe (z.B. Kredite) oder technischer
Hilfe (Entsendung von Experten und Beratern) und Warenhilfe aus
den Industrieländern für die Entwicklungsländer von Seiten
staatlicher Akteure und nicht-staatlicher Akteure (z.B. Wirtschaft,
Kirchen) verstanden. Heute wird von Seiten entwicklungspolitischer
Akteure, wie dem BMZ, darauf hingewiesen, dass die Länder, mit
denen man sich in entwicklungspolitischer Zusammenarbeiten
befindet, nicht als Empfänger von Hilfsleistungen, sondern vielmehr
als gleichberechtigte Partner betrachtet werden, mit denen man
gemeinsam die Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit
festlegt. Mit dem Begriff der Entwicklungszusammenarbeit soll
somit die partnerschaftliche Zusammenarbeit betont werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme als Resolution

N. Partei- organisation

Antragsbereich N/ Antrag 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag

Mehr Basisdemokratie wagen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 SpitzenkandidatInnen der SPD auf Bundes- und Landesebene sollen zukünftig basisdemokratisch von den Parteimitgliedern gewählt werden. Auch auf kommunaler Ebene soll diese Möglichkeit zunehmend umgesetzt werden. Dies wäre ein entscheidendes Signal hinsichtlich der vom Parteivorstand ausgegebenen Transparenz und Mitgliederbeteiligung in der SPD.

10 Erweist sich diese Maßnahme als erfolgreich, wird der zweite Schritt sein, vergleichbare Entscheidungsverfahren nicht nur auf personeller, sondern auch auf inhaltlicher Ebene umzusetzen.

Begründung:

15 Das mediale Echo auf die Kür des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl ist hinlänglich bekannt und nicht unberechtigt. Die Kommunikation der Troika und der Parteispitze, es habe eben nur ein Kandidat gewollt, ist bei dieser Art der
20 Entscheidungsfindung kaum zu belegen. Grundsätzlich sollte in unserer Partei jede/r – ggf. unter bestimmten, sinnvollen Kriterien – die Chance haben, sich zu einer solchen Wahl aufzustellen.

25 Die Machbarkeit eines solchen Verfahrens haben u.a. Bündnis '90/Die Grünen mit ihrer Urwahl für die Bundestagswahl eindeutig nachgewiesen, was ihnen kurzer Aufgeregtheiten zum Trotz keinesfalls geschadet hat. Je umfangreicher dies Anwendung findet, also mindestens auch für die Ebene der Bundesländer, desto eher kann dem Vorurteil von Hinterzimmerpolitik und damit auch der
30 Parteienverdrossenheit insgesamt etwas Stichhaltiges entgegnet werden.

35 Die Sinnhaftigkeit auf kommunaler Ebene muss überprüft werden; hier räumen wir ein, dass aufgrund finanzieller Zwänge und der ohnehin oft schwierigen KandidatInnenfindung sich die Lage anders darstellt. Wünschenswert wären noch mehr basisdemokratische Angebote jedoch auch hier.

40 Die Ausweitung auf inhaltliche Fragen muss selbstverständlich mit Bedacht geschehen und darf die Kompetenzen der gewählten Gremien nicht vollständig untergraben. Jedoch zu hoffen, dass sich die abnehmende Beteiligung der BürgerInnen in Parteien von

alleine löst, wird unter keinen Umständen erfolgreich sein.
Derartige Maßnahmen per se zu verurteilen, wäre also deutlich zu
45 kurz gedacht und mittel- wie langfristig äußerst kontraproduktiv.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Satzungslage

Antragsbereich N/ Antrag 2

Antragsteller: Unterbezirk Odenwaldkreis
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen

Abschaffung des Juso Mitgliedsbeitrages

Der Landesparteitag wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag von einem Euro, den die Mitglieder
der Jungsozialisten seit Ende letzten Jahres zahlen müssen, wird
5 wieder abgeschafft.

Das Organisationspolitische Grundsatzprogramm der SPD wird in
folgendem Satz geändert: „UnterstützerInnen zahlen einen
jährlichen Beitrag, UnterstützerInnen in der Arbeitsgemeinschaft
10 der Jusos zahlen einen ermäßigten jährlichen Beitrag.“

„UnterstützerInnen zahlen einen jährlichen Beitrag,
UnterstützerInnen in der Arbeitsgemeinschaft der Jusos zahlen
keinen Beitrag.“
15

Empfehlung der Antragskommission:

Nichtbefassung

Antragsbereich N/ Antrag 3

Antragsteller: Unterbezirk Odenwaldkreis
(Bezirk Hessen-Süd)

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen

Die Internationale aufleben lassen!

Der Parteitag möge beschließen:

5 Zum Abschluss von Parteitagen der SPD wird ab sofort, bzw. ab Beschluss, wieder die Internationale mit allen Genossinnen und Genossen gemeinsam gesungen.

Begründung:

10 Die Internationale bringt Tradition und Geschichte, auch der SPD/Jusos, mit sich.

Wir wollen uns, gerade zum 150 jährigen Bestehen der SPD, wieder zu unseren Wurzeln bekennen.

15 Wir sind und bleiben eine Arbeiterpartei, eine Partei der Genossinnen und Genossen die auf gemeinsame Ziele hinwirken und für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit einstehen.

20 Deshalb sollten wir uns wieder daran erinnern, aus welchem Grund die SPD überhaupt gegründet wurde und bis heute existiert. Nämlich um den Menschen, allen Menschen, wieder die Chance zu geben, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

25 Gerade in Zeiten des zerstörerischen Turbokapitalismus, in Zeiten in denen uns Finanzmärkte beherrschen, ist es wichtig auch innerparteilich wieder Zeichen zu setzen, wohin die Reise der SPD gehen soll. Die Internationale ist ein solch kraftvolles Zeichen.

30 Zudem schweißst das gemeinsame Trällern eines Liedes selbstverständlich auch zusammen und erhöht das Einigkeitsgefühl in der Partei.

35 Durch das Singen der Internationale, stoppen wir also sogar präventiv Austritte und fördern Eintritte in die Partei!

Sich zu besinnen und ab und zu daran zu denken welchen

geschichtlichen Hintergrund und welche geschichtliche Verantwortung wir als Genossinnen und Genossen übernommen haben, nehmen wir nur das Beispiel der Eisernen Front, und zukünftig übernehmen wollen und werden, ist eine solche Aktion also ein längst überfälliger Schritt, welchen wir schnellstens wieder Einführen sollten.

45 Die Jusos Hessen haben dies übrigens 2011 auf ihrer Landeskonferenz getan.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an den Landesvorstand

Antragsbereich N/ Antrag 4

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd

Empfänger:
SPD-Landesparteitag Hessen

Verbindliche Urwahl der*des Kanzlerkandidaten*in

Der Parteitag möge beschließen:

In der Satzung der SPD heißt es unter§ 13 Absatz 1:

5 „Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD kann durch Mitgliederentscheid bestimmt werden“.

Die SPD mögen beschließen das Wort „kann“ mit dem „muss“ zu ersetzen.

10 Der Absatz würde demnach lauten:

„Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD muss durch einen Mitgliederentscheid bestimmt werden“.

15 **Begründung:**

20 Durch die Ersetzung des Worts „kann“ mit dem Wort „muss“, ist die Urwahl des*der Kanzlerkandidat*in, nicht mehr von der Entscheidung des Parteivorstandes abhängig.

Noch am 26.04.2012 sagte Sigmar Gabriel: "Wenn es mehrere (Kandidaten) gibt, werden das die Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie entscheiden", wenige Monate später wurde Peer

25 Steinbrück zum Kanzlerkandidaten ausgerufen. Um eine zukünftige Ungewissheit zu verhindern, braucht die SPD-Satzung Klarheit.

Weiterhin sprechen viele weitere Argumente für die Urwahl des*der Kanzlerkandidat*in.

30

1. Die*Der Kandidat*in erhalte eine größere Legitimation, was zur Motivation im Wahlkampf beitragen würde.

35

2. Die Urwahl würde zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie beitragen.

3. Motivation der Parteimitglieder.

40

4. Die SPD würde attraktiv für neue Mitglieder werden. Im Gegensatz zu Grünen oder Piraten, wo es sich lediglich um Spitzenkandidat*innen handelt, könnte durch eine Urwahl in der SPD die*der Kanzlerkandidat*in gewählt werden. In Zeiten sinkender Mitgliederzahlen stärkt die SPD durch die Urwahl der*des Kanzlerkandidat*in, ihre Attraktivität als Mitgliederpartei.

45

Die Urwahlen der Spitzenkandidat*innen in Niedersachsen, Schleswig Holstein oder bei der Oberbürgermeister*innenwahl in Frankfurt sind gute Beispiele, dass die Mitglieder erfolgreiche Kandidat*innen wählen. Zudem zeigen die Beispiele, dass der Vorwahlkampf fair ablaufen kann und keine Narben hinterlässt.

50

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Antragsbereich N/ Antrag 5

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

Transparenz der Antragswerdegänge in der SPD

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Werdegang eines Antrages ab Ortsverein bzw. Arbeitsgemeinschaften muss nachvollziehbar und transparent sein. Der/m AntragstellerIn ist das Ergebnis über den Verlauf und den demokratischen Abstimmungen schriftlich mitzuteilen. Damit wird gewährleistet, dass ein demokratisches Verfahren einer

5

Antragstellung in der SPD sichergestellt wird

10

Begründung:

Um auch als einfaches Mitglied in der SPD mit seinen Anträgen etwas zu bewirken, muss der Antragswerdegang in der SPD reformiert werden. Anträge, die durch demokratische Abstimmungen zu den jeweiligen Adressaten durchkommen müssen, müssen durch diese auch umgesetzt werden. Hierzu müssen der Werdegang und das Ergebnis eines jeden Antrags schriftlich dem Grundantragsteller mitgeteilt werden. Dadurch wird gewährleistet, dass die SPD von allen Mitgliedern demokratisch regiert wird und Bestand hat. Ein diktatorisches Agieren und Regieren Einzelner wird somit ausgeschlossen.

15

20

Die Anträge in der SPD müssen nach erfolgreicher demokratischer Abstimmung zeitlich begrenzt bearbeitet und umgesetzt werden und das Ergebnis der/m GrundantragstellerIn schriftlich mitgeteilt werden, um so ein Nichtbehandeln beschlossener Anträge zu vermeiden.

25

30 Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Handeln des Landesvorstandes

Antragsbereich N/ Antrag 6

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Empfänger:
SPD-Landesvorstand
SPD-Partei Vorstand

Wahlprogramme in leichter Sprache

Wir fordern den Parteivorstand sowie den hessischen Landesvorstand auf, bei künftigen Landtags- und Bundestagswahlen in geeigneter Form Wahlprogramme in einfacher und verständlicher Sprache vorzulegen.

5

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Antragsbereich N/ Antrag 7

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Landesparteitag Hessen

SPD-Intranet

5 Transparenz bedeutet auch, dass alle Genossinnen und Genossen die Möglichkeit haben, sich über Vorstandssitzungen und Beschlüsse auf allen Ebenen zu informieren. Dafür soll ein SPD-internes Intranet geschaffen werden, in dem die Mitglieder Einsicht in Beschlussprotokolle und verabschiedeter Anträge bekommen.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an den SPD-Landesvorstand

Antragsbereich N/ Antrag 8

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Landesparteitag Hessen

Mitgliederoffener Jourfix von Parteitag

5 Um die Beteiligungsmöglichkeiten möglichst vieler Genossinnen und Genossen zu gewährleisten, soll vor allen Unterbezirks-, Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen ein mitgliederoffener Jourfix, an dem alle SPD-Mitglieder teilnehmen dürfen, stattfinden.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung als Material an den SPD-Landesvorstand

Antragsbereich N/ Antrag 9

Antragsteller: Unterbezirk Hochtaunus
(Bezirk Hessen-Süd)

Empfänger:
SPD-Bezirksvorstand
SPD-Landesvorstand
SPD-Parteivorstand

Partizipation und Effektivität der Arbeit der Arbeitsgemeinschaftenerhalten - kein Kahlschlag bei den Arbeitsstandards

Die Arbeitsgemeinschaften der hessischen SPD haben in ihrer Resolution vom 08.03.12 festgestellt, dass die aktuell diskutierten Vorschläge zur Beteiligung der Arbeitsgemeinschaften an den Entscheidungsprozessen in der Partei und zur Änderung in der Finanz- und Personalausstattung der Arbeitsgemeinschaften den Zielen einer Öffnung der Partei in die gesellschaftlichen Gruppen und einer stärkeren Partizipation der Mitglieder widersprechen. Die ASF Hochtaunus und die Jusos im Unterbezirk Hochtaunus unterstützen daher die nachstehenden Forderungen an den Parteivorstand und fordern deshalb den Landesvorstand sowie den Bezirksvorstand Hessen-Süd auf, sich dieser Forderung anzuschließen: Die SPD Unterbezirkskonferenz möge daher beschließen 1. Die in den geltenden Richtlinien zur Organisation der Arbeitsgemeinschaften festgelegten Standards sind als Mindeststandards anzuerkennen. Bereits im Zuge der Reform 2007 ist es zu gravierenden Einschnitten bei der organisatorischen und finanziellen Ausstattung der Arbeitsgemeinschaften gekommen. Die jetzt geltenden Mindeststandards stellen die Untergrenze zur Handlungsfähigkeit einer Arbeitsgemeinschaft dar. 2. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben für die Partei bedürfen die Arbeitsgemeinschaften einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung. Schon auf Basis des aktuellen Finanzrahmens ist die Arbeit nur unter Einschränkungen und erheblichen Eigenbeiträgen der engagierten Mitglieder möglich. Weitere Kürzungen verbieten sich vor diesem Hintergrund. Die Arbeitsgemeinschaften weisen darauf hin, dass die angedachten Kürzungen in keinem Verhältnis zum Schaden in Hinblick auf das ehrenamtliche Engagement der in den Arbeitsgemeinschaften organisierten Parteimitglieder stehen. 3. Die Vorsitzenden als Vertreter der Arbeitsgemeinschaften müssen weiterhin die Möglichkeit haben, die Positionen der Arbeitsgemeinschaften zu den fachlich sie betreffenden Themen im Parteivorstand einzubringen und an den Diskussionsprozessen der Partei angemessen teilzuhaben. Der Beschluss des Parteivorstands, die Arbeitsgemeinschaften nur noch quartalsweise zu Sitzungen des Parteivorstands zuzulassen, stellt einen schweren Vertrauensbruch dar, da dieser allen im Vorfeld der Organisationsreform gegebenen Zusagen zur angemessenen

Partizipationsmöglichkeit der Arbeitsgemeinschaften jenseits der
satzungsmäßigen Statuierung widerspricht. Sie widerspricht auch
40 dem Grundgedanken, dass die Arbeitsgemeinschaften, als
diejenigen, die den engen Kontakt zu den Zielgruppen halten,
frühzeitig neue Trends und Diskussionen in die Parteigremien
spiegeln. Bei einem Quartalsrhythmus fehlen ihnen regelmäßig
zweieinhalb Monate Diskussionen, deren Kenntnis wichtig für die
45 Vermittlungsarbeit ist.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Handeln des Parteivorstands